H 8040 F
Nummer 71
Juli/Aug. 01
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

„...die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“ (Michael Stürmer)



In diesem Heft:

Debatten um Geschichtspolitik — Interview mit Robert Gellately — NPD zu Verbotsanträgen — VS-Affäre Tino Brandt — Schlingensiefs Hamlet — Aussteigerprogramme — Wahlen in Italien — SL in Tschechien —10. Wave-Gotik-Treffen in Leipzig — Meldungen — Rezensionen

Inhalt

Editorial

Geschichtspolitik - ein Thema, dass nicht nur für HistorikerInnen von Interesse sein sollte. Der ehemalige Berater des CDU-Bundeskanzlers Kohl, Prof. Michael Stürmer, hatte schon im Zuge der so genannten „Historikerdebatte", die nur vordergründig unter HistorikerInnen geführt wurde und eigentlich auf die breite Öffentlichkeit zielte, festgestellt, dass „die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet".

Schritt für Schritt versuchen deswegen konservative Geschichts-PolitikerInnen, die Hegemonie in der Deutung der Vergangenheit zu erringen, und finden dafür offenen Beifall von neofaschistischer Seite. Das Aufgreifen der Thesen von notorischen Holocaust-Leugnern, die Verteidigung der Wehrmacht gegen die Anklage der verbrecherischen Komplizenschaft mit den Nazis gehören ebenso zu diesem Unterfangen wie der Versuch, den Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion als Präventivschlag zu verkaufen.

Nachdem die deutsche Industrie durch internationalen Druck gezwungen werden konnte, ihren ehemaligen SklavenarbeiterInnen wenigstens eine geringe Entschädigung zu zahlen, und sie damit aber auch zugeben mußte, massiv vom Terror des NS-Regimes profitiert zu haben, wurde der Vorwurf Finkelsteins, es existiere eine „Holocaust-Industrie", von konservativer Seite freudig aufgegriffen und auch von neofaschistischer Seite gefeiert (dort wird dann vom „Holocash" geredet). Handelt es sich bei dem jüdischen Autor doch um einen scheinbar unverdächtigen Zeugen für die heiß ersehnte ideologische Entlastung der Bundesrepublik.

Weniger spektakulär und kontrovers diskutiert greifen auch der Verfassungsschutz und das Innenministerium in diese Umschreibung der Geschichte ein. Durch Gleichsetzung von rechts und links, durch Formulierungen wie von den „beiden Dikaturen auf deutschem Boden" wird langfristig eine Verharmlosung der faschistischen Verbrechen erreicht.

Geschichtliches Wissen, beispielsweise um die Verantwortung maßgeblicher Teile der deutschen Industrie für die Machtübertragung an die Nazis, wird mit dem Stempel „kommunistisch" versehen und so aus dem „antitotalitären Konsens" der bundesdeutschen Gesellschaft ausgegrenzt.

Aber nicht nur auf geschichtspolitischem Terrain ist die Behörde, die die Verfassung schützen soll, aktiv. Auch aktuell greift sie in sehr fragwürdiger Weise in das Geschehen ein. Mit dem NPD-Funktionär Tino Brandt ist erneut ein VS-Mitarbeiter aufgeflogen, der aktiv den Aufbau neofaschistischer Strukturen betrieben und dafür ein Salär in sechsstelliger Höhe bezogen hat. Der Skandal, der aktuell dem Thüringer VS angelastet wird, ist allerdings kein Einzelfall. Seit den siebziger und achtziger Jahren waren VS-Agenten (so z.B. Gottwald, Lepzien, Wobbe) immer wieder treibende Kräfte beim Aufbau neofaschistischer Strukturen.

Der Antrag, die Verfassungsschutzbehörde in Thüringen aufzulösen, sollte Schule machen. Antifaschistische Initiativen und unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen beweisen schon seit Jahren, dass es möglich ist, Informationen über die neofaschistische Szene zusammen zu tragen - und das ohne Kumpanei mit den Nazis.

Der nächste Rechte Rand erscheint Anfang September. Redaktionsschluss ist der 7.8.2001.

Termine

25.9.2001, ab 10 Uhr:
Antirassismustag im Rahmen der „2. anarchistischen Wochen" in Hannover vom 22.9. bis 7.10.2001
18 Uhr: Vortrag zu illegalisierten MigrantInnen im kapitalistischen Verwertungsprozess;
20 Uhr: Vortrag und Informationsveranstaltung zu Abschiebehaft und Abschiebegefängnissen;
Informationen unter www.fau.org/a-wochen.html, Kontakt/e-mail: Anarchistische_wochen@gmx.de.

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Fax: 0511 / 33 60 221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Werkdruck Hannover

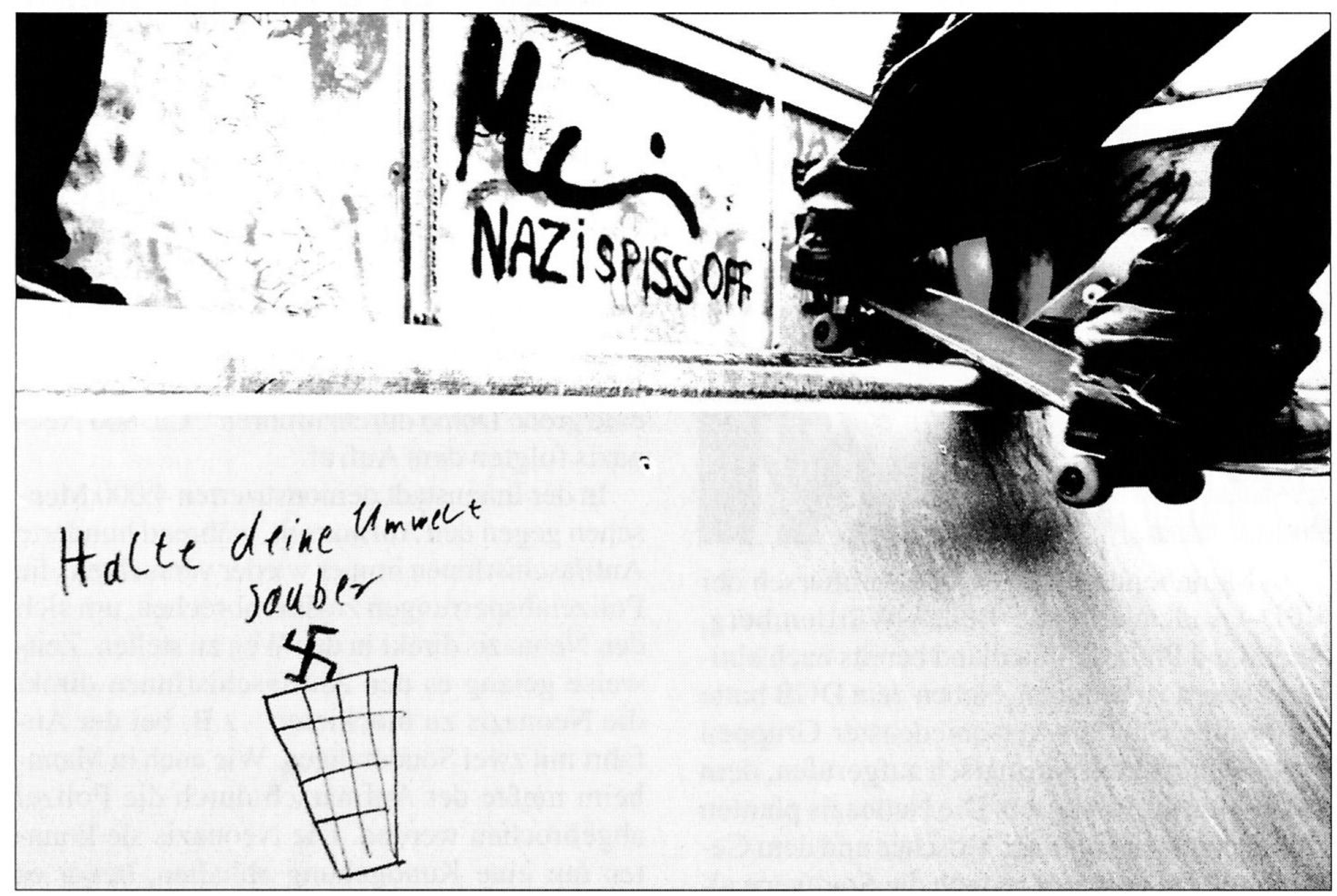
Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

„Die Leude woll'n, dass was passiert!" - Hip Hop gegen rechte Gewalt

DER RECHTE RAND sprach mit dem Mitorganisator der Wurzener Veranstaltung, Markus Zeeh (23), vom „Netzwerk für Demokratische Kultur" (NDK) Wurzen



Insbesondere in den neuen Bundesländern stellt sich der Rechtsextremismus als ein Geflecht aus politisch-organisierten Strukturen und einer rechtsextremen Jugendkultur dar. Vor allem in den ländlich und kleinstädtisch geprägten Regionen droht die jugendkulturell verankerte Variante des Rechtsextremismus zum dominanten Lifestyle zu werden. Anlass für die Berliner „Amadeu-Antonio-Stiftung" und die Zeitschrift „Stern" mit weiteren Partnern eine Hip Hop-Tour gegen rechte Gewaltdurch fünf Kleinstädte im Osten der Republik zu initiieren. Das Motto: „Die Leude woll'n, dass was passiert". Die Idee: mit Hip Hop nicht-rechte Jugendkulturen zu stärken.

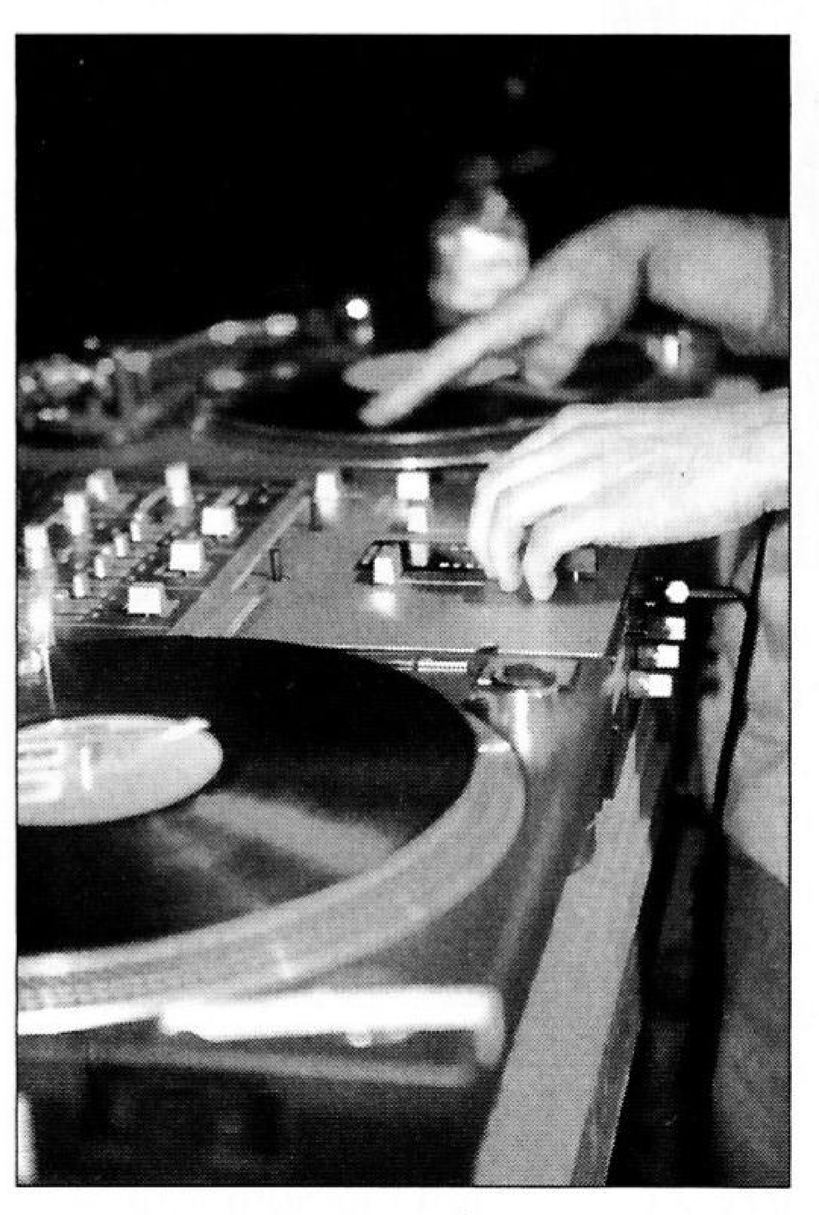
DRR: Die HipHop-Tour gegen rechte Gewalt hat am 21. April diesen Jahres auch in Wurzen Station gemacht. Warum ausgerechnet dort?

Markus Zeeh: Die Tour hätte natürlich auch in 500 anderen Städten stattfinden können, die entsprechende Probleme haben. Was Wurzen auszeichnet, ist die deutliche Dominanz rechtsextremer Jugendlicher, bei konsequenter Leugnung des Problems durch große Teile der Öffentlichkeit. Nicht die Nazis werden als Problem angesehen, sondern die Überbringer der schlechten Botschaft. Das Anliegen der Tour war ja auch, lokale Gegenkulturen zu stärken. Die kleine HipHop-Szene in Wurzen braucht eine solche Unterstützung.

DRR: Du sagst, dass die lokale Öffentlichkeit das Vorhandensein von Neonazi-Cliquen eher verdrängt als bearbeitet. Andererseits habt ihr das Konzertgelände von der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen, ein Unternehmer hat euch sogar seine Firmenmauer für eine Graffiti-Aktion zur Verfügung gestellt. Das klingt doch nach einiger Unterstützung?

M. Z.: Nicht wirklich. Es war in ganz Wurzen nicht möglich einen Saal als Veranstaltungsort zu bekommen. Das spricht für sich. Wenn die Stadt das Konzert wirklich gewollt hätte, hätte man schon einen Raum gefunden. Das Gelände, ein Schulhof übrigens, haben wir erst nach unglaublich vielen Treffen bekommen. Im Vergleich dazu hat die Zusage für die Graffiti-Mauer einen halben Tag gedauert. Für Skateboarding und Basketball spielen als Rahmenprogramm mussten wir sogar noch Gebühren an die Stadt zahlen. Eine Gemeindeverwaltung wollte sogar über 100,00 DM von uns, um 10 Plakate anbringen zu dürfen. Später zog der Bürgermeister die Genehmigung ganz zurück. Gleichzeitig finanziert die Gemeinde den örtlichen Faschotreff als Jugendclub.

DRR: Seit einiger Zeit arbeitet das NDK mit einer Vielzahl von Projekten gegen Rechtsextremismus. Wieso setzt ihr nun ausgerechnet auf HipHop-Kultur um gegen Nazis und ihrer Unterstützer aktiv zu werden? Glaubt ihr die Nazis einfach wegfeiern zu können?



M. Z.: Natürlich gehört feiern auch zu unserer Arbeit. Wir hatten aber nicht irgendeine Party, sondern eine in einem politischen Kontext. Das Konzert war so vor allem erst mal ein Weg, um eine Botschaft zu transportieren. Und das wir dabei auf HipHop setzen, macht Sinn. HipHop ist einfach eine mainstreamfähige Jugendkultur und stark genug, um als demokratische Gegenkultur wirksam zu werden. Hier in Wurzen sind die Sprayer und Skater außerdem sehr politisch. Nicht zuletzt, weil sie entsprechenden Attacken der Nazis ausgesetzt sind. Nach mehreren Berichten über die Skaterszene und ihre halfpipe als nicht-rechtem Treffpunkt versuchen die Nazis gerade, diesen Raum zu besetzen, übersprühen Graffitis mit rechten Parolen und greifen Leute aus dieser Szene an.

DRR: Das ist ja ein eher unerfreuliches Ergebnis. War das Konzert letztlich kontraproduktiv?

M. Z.: Nein. Die Leute, die was gegen rechts tun oder tun wollen sind auf jeden Fall gestärkt wurden. Außerdem gibt es eine stärkere Vernetzung der einzelnen Szenen. Wir vom Netzwerk sind jetzt öfter bei den Skatern, diskutieren, planen kleinere Events. Insofern hat das Konzert also eine Menge angestoßen.

DRR: Nach dem Konzert zeichnete eine Rundmail einer Organisatorin der Tour ein düsteres Bild von Wurzen: In der Stadt gäbe es keine ausländischen Restaurants, alle Jugendclubs seien fest in rechter Hand, Polizei und Stadtverwaltung würden den Nazis zuarbeiten. Was ist da dran?

M. Z.: Es gibt einfach ein paar Bemerkungen in der mail, die so nicht stimmen. Klar gibt es hier ausländische Restaurants. Die andere Frage ist jedoch, wie ein solcher Eindruck entstehen kann, welches Klima hier also offensichtlich herrscht. Die Reaktion der Stadt auf die mail sagt da ja auch einiges. Endlich gibt es wieder einen Anlaß, vom eigentlichen Problem abzulenken und Wurzen als normale Stadt zu beschwören, die einer geplanten Hetzkampagne ausgesetzt sei. Statt darüber zu reden, wie so ein Eindruck entstehen kann, stellen die Leute Strafanzeige gegen die Verfasserin.

Das Interview für die Zeitschrift DER RECHTE RAND führte André Dussmann.

Hannes Ritter

Neonazi-Aufmärsche am 1. Mai

Auch in diesem Jahr kam es am 1. Mai wieder zu neofaschistischen Aufmärschen. In Augsburg, Dresden, Mannheim, Essen, Frankfurt am Main und Berlin marschierten 3.000 Neonazis unter zum Teil erheblichem Widerstand auf. In Frankfurt am Main und Mannheim konnten die Neonazis erfolgreich gestoppt werden.

Alle zuvor verbotenen Aufmärsche wurden zum Teil erst am Morgen des 1.Mai wieder genehmigt. Besonders delikat war die Situation in Berlin. Innensenator Eckart Werthebach (CDU) verbot die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“, während die Gerichte den Aufmarsch der NPD genehmigten.



Augsburg

Rund 200 NPD-Anhänger versammelten sich in der Augsburger Innenstadt, während eben soviele GegendemonstrantInnen eine Menschenkette auf dem Rathausplatz bildeten. Bereits am Morgen kam es zu einer antifaschistischen Demonstration mit 500 TeilnehmerInnen, die friedlich verlief. Insgesamt wurden 30 Neonazis u.a. wegen Zeigens des Hitlergrußes festgenommen.



Dresden

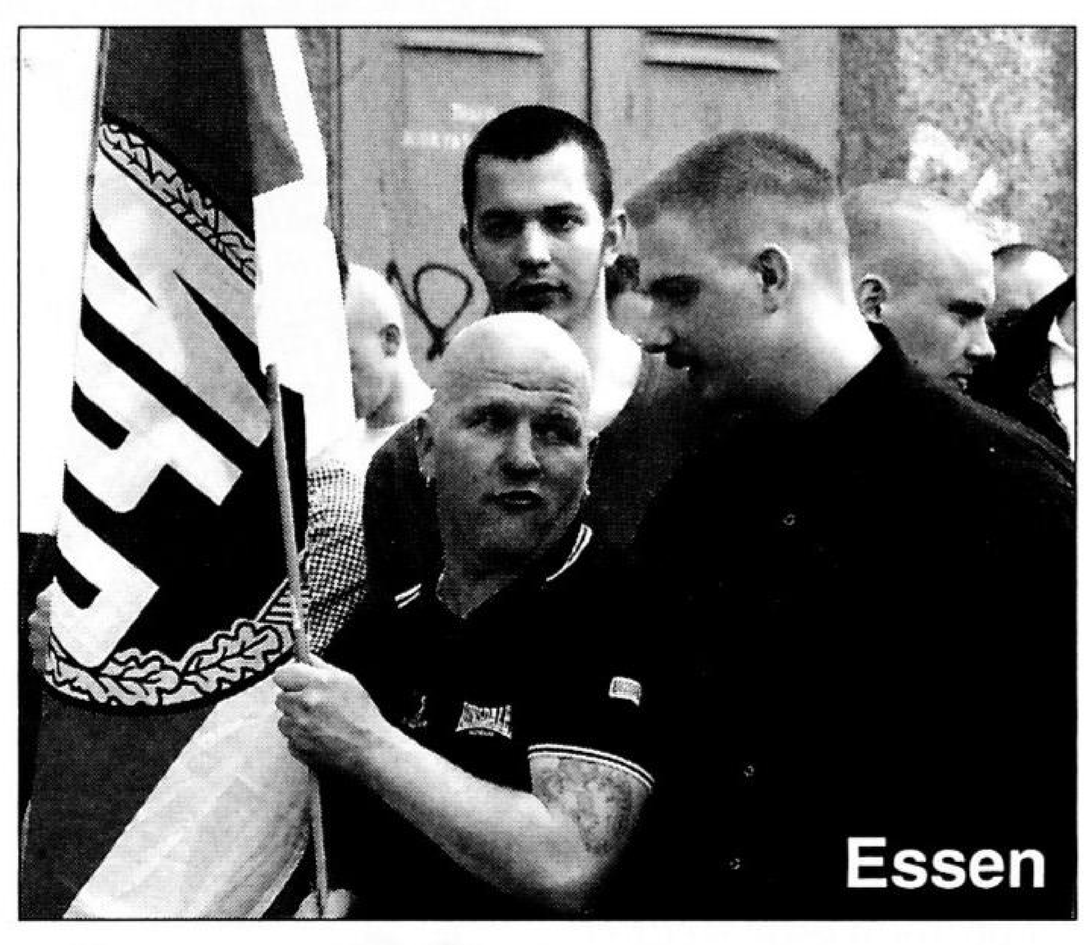
In Dresden marschierten 1.000 Neonazis unter der Führung des NPD-Kaders Matthias Paul auf. Dies war bereits der dritte Aufmarsch in diesem Jahr. Redner waren Holger Apfel, der „einfach nur stolz auf die Männer der Waffen-SS“ ist, Frank Schwerdt und Winfried Petzold der „den Ballermann 6 als Beweis der zunehmenden Verworfenheit des BSE-Systems“ aufführte.

Antifaschistinnen gelang es nur kurze Zeit den Aufmarsch mit einer Blockade auf der Elbbrücke zu behindern. Die nachfolgende Anmeldung einer Antifakundgebung direkt auf der Brücke ließ die Nazis einige Zeit in der prallen Sonne schmoren. „Wir kommen wieder“ so die Parole der Neonazis zum Schluß. Dies dürfte auch einfach sein, Widerstand der Stadt war am 1.Mai nicht zu spüren. Gewerkschaften und Parteien feierten am anderen Elbufer.



Mannheim

In Mannheim gelang es, den Aufmarsch der NPD-Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland Pfalz und Saarland bereits nach einigen Metern zu beenden. Neben dem DGB hatte ein breites Bündnis verschiedenster Gruppen gegen den rechten Aufmarsch aufgerufen, dem 3.000 Menschen folgten. Die Neonazis planten Kundgebungen vor einer Moschee und dem Gewerkschaftshaus, was jedoch die Stadtverwaltung unterband. Der neue Kundgebungsplatz wurde schon frühzeitig von mehreren hundert Menschen besetzt. Doch soweit sollte der NPD-Aufmarsch gar nicht kommen. Begleitet von rund tausend GegendemonstrantInnen, marschierten rund 200 NPD-Anhänger nur bis zum Polizeipräsidium. Dort blockierten ebenfalls hunderte Menschen den Aufmarsch. Die Polizei bildete einen Kessel um die Blockierer. Nach zwei Stunden vergeblichen Wartens mußten die Neonazis unter Polizeischutz zum Bahnhof gebracht werden - der Aufmarsch wurde erfolgreich bezw. verhindert.



Essen

In Essen konnten 180 NPD-Anhänger fast ungestört unter dem Schutz von 2.000 Polizisten marschieren. AntifaschistInnen gelang es, einigen zu spät gekommenen Neonazis einen „Platzverweis“ zu erteilen. Bei einer Zwischenkundgebung wurde der frühere FAP-Vorsitzende Friedhelm Busse festgenommen. Er hatte bei seiner Rede gesagt: „Wenn Deutschland judenfrei ist, brauchen wir kein Auschwitz mehr“. Die Polizei schloß ihn daraufhin von dem Aufmarsch aus und stellte Anzeige wegen des Verdachts der Volksverhetzung.



Frankfurt

Während die NPD am 1. Mai unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ in mehreren Städten demonstrierte, mobilisierten die“ Freien Nationalisten“ unter der Führung der Kader Christian Worch, Thomas „Steiner“ Wulff und Steffen Hupka zur „Großdemonstration aller revolutionären Kräfte der Nationalen Opposition“ nach Frankfurt a.M.. Sie beklagten, dass „die NPD-Parteiführung nicht bereit war, lediglich eine große Demo durchzuführen“. Ca. 800 Neonazis folgten dem Aufruf.

In der Innenstadt demonstrierten 4.000 Menschen gegen den Aufmarsch, während hunderte AntifaschistInnen immer wieder versuchten, die Polizeiabsperrungen zu durchbrechen, um sich den Neonazis direkt in den Weg zu stellen. Zeitweise gelang es den AntifaschistInnen direkt die Neonazis zu blockieren - z.B. bei der Anfahrt mit zwei Sonderzügen. Wie auch in Mannheim mußte der Aufmarsch durch die Polizei abgebrochen werden. Die Neonazis sie konnten nur eine Kundgebung abhalten, bevor es wieder nach Hause ging.



Berlin

Bereits im Vorfeld des 1.Mai malte Innensenator Eckart Werthebach (CDU) ein Bürgerkriegsszenario an die Wand. Er verbot den NPD-Aufmarsch sowie erstmalig die „Revolutionäre 1.Mai-Demo“. Während der NPD-Aufmarsch in einen anderen Stadtbezirk verlegt wurde, blieb die linke 1. Mai-Demo bis zum Schluß verboten. Der Aufmarsch der NPD im Stadtbezirk Hohenschönhausen mit ca. 1.000 Teilnehmern verlief weitgehend friedlich. Eine Aufgebot von 2.000 Polizisten sorgte dafür, dass AntifaschistInnen bereits an der Stadtbezirksgrenze abgewiesen wurden. Überlebende des NS-Regimes zeigten sich empört über die Politik des Innensenators. „Die Ungleichbehandlung ist unerträglich: Die linke Demo wird verboten, die Nazis dürfen marschieren“, so der Sprecher der Gruppe, Fritz Teppich. In Kreuzberg entlud sich am Abend die Wut der AnwohnerInnen gegen die Politik des Innenssenats und gegen die Belagerung durch die Polizei.

Im Anschluss an den Aufmarsch in Berlin versuchten 100 Neonazis, einen spontanen Aufmarsch in Neuruppin durchzuführen. Diesen beendete die Polizei nach einer halben Stunde und nahm die Personalien aller Beteiligten auf.

Gerd Wiegel

Wendungen und Wandlungen

Konservative Geschichtspolitik vor und nach 1989/90

„Der Weg zur Selbstfindung der Deutschen geht über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten" – diese martialische Formulierung der „Deutschen Monatshefte" aus den achtziger Jahren verdeutlicht trefflich die geschichtspolitische Zielsetzung einer konservativen und extremen Rechten bezüglich des Umgangs mit der faschistischen deutschen Vergangenheit.

„Selbstfindung der Deutschen" heißt hier eindeutig ein Zurück zur deutschen Großmachtrolle, die 1945 verloren ging und deren Renaissance immer zum Kernbestand konservativer Geschichtspolitik gehört. Eine „Vergangenheit, die nicht vergehen will", so eine bekannte Formulierung Ernst Noltes, ist es, die sich diesem Zurück zur deutschen Großmachtrolle immer wieder in den Weg stellte, zumindest bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Die Beseitigung der herausgehobenen Bedeutung der NS-Vergangenheit für die Politik der Bundesrepublik, die Entkoppelung von Vergangenheit und Gegenwart ist das einigende Band konservativer Geschichtspolitik der letzten zwanzig Jahre.

Hier soll einigen Etappen dieser Geschichtspolitik nachgegangen werden, um zu verdeutlichen, wie diese Entkoppelung vorangeschritten ist. Unterscheiden lassen sich hier die Vorstöße konservativer und neurechter Geschichtspolitiker, wie sie vor allem für die erste Hälfte der neunziger Jahre kennzeichnend sind, und die Ablösung der Vergangenheit für die Gegenwart, wie sie sich in den großen geschichtspolitischen Debatten der neunziger Jahre, etwa der Goldhagendebatte, der Diskussion im die Wehrmachtsausstellung und schließlich das Schwarzbuch des Kommunismus gezeigt haben.

Neubestimmung der deutschen Rolle in Europa

Aus konservativer und rechter Sicht waren die sechziger und siebziger Jahre, gerade in bezug auf geschichtspolitische Entwicklungen, eine deutliche Niederlage, fand doch jetzt eine Auseinandersetzung mit den faschistischen Verbrechen statt, wie es sie bis dahin nicht gegeben hatte. Auch die wissenschaftlichen Deutungsmuster wurden mittels faschismustheoretischer Ansätze zunehmend links dominiert. Dennoch bereitete sich in genau dieser Phase die konservative Gegenbewegung vor, die dann im Historikerstreit der achtziger Jahre ihren ersten Höhepunkt fand. Interpretationen der NS-Vergangenheit, wie sie sich bis dahin nur auf Seiten der extremen Rechten finden ließen, hielten nun Einzug ins etablierte Lager des Konservatismus. Die verkündete ideologische Reetablierung der Nation, verbunden mit der angekündigten „geistig-moralischen Wende" der konservativ-liberalen Regierung, schaffte ein Klima, in dem solche Deutungen auf fruchtbaren Boden fielen. Im Gegensatz zu den neunziger Jahren ist der Historikerstreit noch ganz gefangen im Gefüge der Blockkonfrontation. Alle konservativen Revisionsversuche richten sich auf den selben Gegner: die Sowjetunion. Werden bei Nolte die Verbrechen des deutschen Faschismus, insbesondere die Vernichtung der europäischen Juden, zu einer aus Angst geborenen Reaktion auf vorangegangene Verbrechen des Bolschewismus, so fordert der Historiker Hillgruber eine Identifikation mit dem Abwehrkampf der deutschen Wehrmacht im Osten, gegen die heranrückenden Truppen der Roten Armee.

Besiegelte das Ende der deutschen Großmachtrolle in Europa - Begegnung alliierter Soldaten am Ende des 2. Weltkrieges

Beseitigt werden sollte im Historikerstreit die herausgehobene Bedeutung der NS-Vergangenheit, weshalb sich die Revisionsversuche von Nolte, Hillgruber und anderen auf die Punkte richteten, die für diese Herausgehobenheit am bedeutendsten sind: die Shoah und den Vernichtungskrieg. Geschichtspolitisches Ziel dieser Vorstöße war es, einen wieder positiven Bezug zur Nation herzustellen, eine emotional positiv besetzte nationale Identität zu ermöglichen, die auf konservativer Seite als unerläßlicher ideologischer Kitt für einen weiteren Ausbau deutscher Machtpolitik begriffen wurde.

Mit der deutsch-deutschen Vereinigung 1990 wurde dieser ideologische Bezug auf die Nation enorm verstärkt und erfasste jetzt auch die Teile der Intellektuellen und Eliten, die im Historikerstreit noch Gegner der Konservativen waren. Die Neubestimmung der deutschen Rolle in Europa war nun in aller Munde, um so drängender galt es jetzt, der negativ besetzten Vergangenheit zu begegnen.

Auf konservativer Seite lassen sich zu Beginn der neunziger Jahre zwei Richtungen ausmachen, die für unterschiedliche Varianten der deutschen Hegemonialansprüche stehen. Dem etablierten Konservatismus, seinen Vordenkern und Eliten, gesellte sich eine neue (alte) Variante einer Rechten hinzu, die unter dem täuschenden Signet „Neue Rechte" an Vorstellungen der „Konservativen Revolution" aus den 1920er Jahren anknüpfte. Gemein war beiden Ausrichtungen nach der überraschenden Vereinigung beider deutscher Staaten das Bewusstsein, dass eine Neubestimmung der machtpolitischen Rolle Deutschlands nötig sei und zwar losgelöst von jeder Beschränkung durch die deutsche Vergangenheit.

Für den etablierten Konservatismus reklamierten Autoren wie Hans-Peter Schwarz, Gregor Schöllgen oder Arnulf Baring für Deutschland jetzt die Rolle als Zentralmacht Europas, ausgestattet mit den dazugehörigen Machtattributen. Angesichts der neuen deutschen Rolle sei etwa der „Verzicht" auf Atomwaffen 1949 ein schwerer Fehler gewesen. Der Osten wird als natürlicher Vorhof der Bundesrepublik angesehen und Baring behauptet, die osteuropäischen Staaten erwarteten von Deutschland „die Regelung ihrer Angelegenheiten." Aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bekannte geopolitische Argumentationsmuster bilden die Begründung für die unvermeidliche Hegemonialrolle. Allerdings, und hier liegt der entscheidende Unterschied zur neurechten Variante, gehen alle Autoren von einer Wahrnehmung dieser Hegemonialrolle im Rahmen des westlichen Bündnisses aus, möglichst in gleichberechtigter Partnerschaft mit den USA. Die NS-Vergangenheit wird in diesem Zusammenhang nur noch als störend empfunden. Vor allem dem Ausland diene sie als Waffe gegen Deutschland. Zum positiven historischen Bezugspunkt könne etwa die Reichsgründung 1871 werden, deren verhängnisvoller Weg in den Ersten Weltkrieg und den Faschismus damit um-

gedeutet wird. Sicher sind sich jedenfalls alle Autoren, dass „uns diese zwölf Jahre auf die Dauer (nicht) wirklich lähmen dürfen."

Diese Einschätzung wird auch von den Vertretern einer „Neuen Rechten" geteilt, die mit dem nationalen Aufschwung 1990 ihre Stunde gekommen sieht. In der Artikelserie der FAZ „What's right?" reklamiert Karlheinz Weißmann für diese Ausrichtung des Rechtskonservatismus, das erste Meinungslager im frisch vereinten Deutschland darzustellen. Zumindest für die erste Hälfte der neunziger Jahre gelingt es dieser Ausrichtung auch, ihren Positionen im etablierten Spektrum des Konservatismus Gehör zu verschaffen, dies nicht zuletzt deshalb, weil zu diesem Zeitpunkt die neue Rollenbestimmung Deutschlands noch nicht festgelegt war.

Mit den Bänden „Westbindung" und „Die selbstbewusste Nation" legen die Autoren um Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann und Heimo Schwilk politische Positionsbestimmungen vor, die deutlich an die konservative und faschistische Rechte in den zwanziger Jahren anknüpfen. Ergänzt werden diese politischen Stellungnahmen durch historische Arbeiten zum deutschen Faschismus, die eine spezifische und funktional nutzbare Interpretation des Faschismus liefern.

Die bundesdeutsche Geschichte nach 1945 bzw. 1949 wird von Zitelmann, Weißmann und ihren Mistreitern als „Sonderweg", als Abirrung von einem natürlichen und autonomen nationalen Weg gesehen. Unverkennbar ist die Umkehrung des „Sonderweg-Begriffs", der hier nicht länger zur Beschreibung und Erklärung des deutschen Wegs in den Faschismus herangezogen wird, sondern als fataler Weg der Verwestlichung und Aufgabe eines autonomen nationalen Machtverständnisses. Eine eigenständige nationale Machtpolitik und die Lösung von Westbindung und Verwestlichung sind die Optionen dieser Ausrichtung. Erforderlich für diesen Weg ist eine Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins, und hier liegt die Hauptaufgabe der geschichtspolitischen Vorstöße dieser Gruppe. „Reeducation" und „Umerziehung" durch die Alliierten nach 1945 verbunden mit der „Vergangenheitsbewältigung" von links gelten als die größten Hypotheken der selbstbewussten Nation. Das zentrale Opfer vor und nach 1945 ist für die „Neue Rechte" das deutsche Volk, habe dieses doch bis 1945 unter der „Konzeption eines Vernichtungskrieges gegen die deutsche Zivilbevölkerung" und danach der politisch-ideologischen Neukonditionierung durch die Alliierten gelitten.

Historisierung und Modernisierung

Dem geschichtspolitischen Thema der Faschismusinterpretation nähern sich die Autoren dieser Ausrichtung mittels dreier Topoi: Historisierung, Faschismus als soziale Revolution und Faschismus als Ausdruck der Moderne.

Das Historisierungspostulat übernehmen die neurechten Geschichtspolitiker von Martin Broszat, spitzen es jedoch in einer Weise zu, die ihren apologetischen Absichten gemäss ist. In dem Band „Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus" (1992) offenbaren Zitelmann, Backes und Jesse als Herausgeber ihr Verständnis einer Historisierung. Die bisherigen Forschungen zum Faschismus werden mit dem Verdikt „volkspädagogisch" als wissenschaftlich untauglich beiseite geschoben. Mangelnde Objektivität und die Weigerung, sich dem Gegenstand mit der nötigen Einfühlung zu nähern, sind die Vorwürfe. Zitelmann, Backes und Jesse dagegen wollen ganz nüchtern nach den Vor- und Nachteilen des Regimes fragen, wollen eine emotionslose Betrachtung und neben Richter und Ankläger auch den Verteidigern des Faschismus Raum geben. An den Vorbildern Hillgruber und Nolte orientiert wird die Einfühlung jedoch sehr spezifisch eingesetzt, wie sich an einer von Zitelmann, als zeitweiliger Cheflektor bei „Ullstein", in der „Propyläen"-Reihe platzierten Gesamtdarstellung des deutschen Faschismus durch seinen Freund Weißmann ablesen lässt. Während Weißmann äußerst nüchtern und sachlich davon berichtet, dass in Belzec etwa 600.000 Menschen „starben" (nicht etwa ermordet wurden) wird der Ton bei den Leiden der deutschen Bevölkerung sehr viel einfühlender. Der „Spannungszustand" und die „Hysterie" im Bunker wird anschaulich beschrieben, und Hitlers Zustand angesichts der Einkesselung Berlins geradezu Mitleid erregend geschildert: „Weinkrämpfe schüttelten seinen Körper, dann sackte er in sich zusammen." Empathie und Distanz werden bei dieser Art der Historisierung offensichtlich ganz nach „Volkszugehörigkeit" verteilt, mithin eine deutliche „Volkspädagogik" von rechts.

Der Akzent der inhaltlichen Darstellung des Faschismus besteht in einer Verschiebung von seiner verbrecherischen hin zu seiner vermeintlich positiven Seite. Während über Holocaust und Vernichtungskrieg in den Arbeiten von Weißmann, Zitelmann, Hornung u.a. nur wenig zu erfahren ist, werden die angeblichen sozialpolitischen Leistungen des Regimes über ganze Bücher ausgebreitet. Bei Zitelmann erscheint Hitler als sozialer Revolutionär, der eine soziale Revolution in Deutschland bewirkt habe. Profiteure des Regimes seien vor allem die Arbeiter gewesen, für die Hitler Politik gemacht hätte, wohingegen er sich deutlich gegen Kapital und Bürgertum gewandt habe. Hitler sei es um eine allgemeine Chancengleichheit gegangen, er sei, so Zitelmann, ein überzeugter Revolutionär gewesen. Dass diese Behauptungen mit der Realität nichts zu tun haben, ficht Zitelmann und seine Mitstreiter nicht weiter an, interessieren sie sich doch weniger für die soziale Realität des Regimes als für dessen ideologisches Selbstverständnis, womit Zitelmann genau an Noltes Methode anknüpft. Deutlich wird jedoch die völlige Umkehrung der Interpretation Noltes. War bei diesem der Faschismus eine verständliche und aus Angst geborene Reaktion des Bürgertums auf die Bedrohung durch den Bolschewismus, so wird er bei Zitelmann, Weißmann u.a. zu einem Ausdruck der politischen Linken, gerichtet vor allem gegen das Bürgertum.

Dieser Verschiebung der ideologischen Bezugspunkte des Faschismus nach links dient auch dessen Interpretation im Rahmen der europäischen Moderne. Die neurechten Autoren stellen den deutschen Faschismus in die Tradition der europäischen Moderne, die 1789 ihren Ausgang nahm und bescheinigen ihm, in Deutschland den Durchbruch zu Moderne bewirkt zu haben. Eingereiht wird er damit in die allgemeine europäische Entwicklung, womit die These vom Sonderweg beseitigt ist und sich die deutsche Geschichte nicht länger von der anderer Länder unterscheidet.

Gründe der Umkehr

Wie kann es aber zu einer völligen Umkehr der Einordnung des deutschen Faschismus bei Nolte und Zitelmann, Weißmann u.a. kommen, gehen doch beide vom selben Material aus und mit der selben Methode (Phänomenologie) vor?

Der Grund ist offensichtlich ein geschichtspolitischer und lässt sich nur mit den veränderten Bedingungen von der Mitte der achtziger zu den neunziger Jahren erklären. Während die konservativen Autoren im Historikerstreit noch ganz in der Blockkonfrontation gefangen waren und alle Revisionsversuche auf den historischen wie aktuellen (1986) Gegner, nämlich die Sowjetunion gerichtet waren, hat sich diese Frontlinie mit der welthistorischen Zäsur von 1989/90 verschoben. Für Zitelmann, Weißmann, Hornung und andere Autoren ging es jetzt darum Platz zu schaffen für ein neues/altes national-konservatives Projekt. Noltes Rechtfertigung der faschistischen Option des deutschen Bürgertums schien ihnen hierfür offensichtlich nicht tauglich. Statt dessen sollte die ideologische Verbindung des Faschismus mit dem Konservatismus negiert und der Linken zugeschoben werden. Das Ziel der eigenen Geschichtspolitik wird von Zitelmann im Band „Die selbstbewußte Nation" beschrieben: „Im allgemeinen Bewußtsein gilt der Nationalsozialismus jedoch nach wie vor als rechtsextreme Erscheinung, aber dieses allgemeine Bewußtsein ist von der Definitionsmacht der Linken bestimmt, die ein politisches Interesse daran hat, daß der Begriff 'rechts' untrennbar mit den nationalsozialistischen Verbrechen verbunden bleibt. (...) Will die demokratische Rechte in Deutschland erfolgreich sein, dann muß sie vor allem zu einem Selbstbewußtsein gelangen, an dem es ihr bislang so sehr mangelt."

Die geschichtspolitischen Vorstöße dieser Gruppe waren ein Versuch, dieses neue rechte Selbstbewusstsein auch historisch abzusichern. Der Erfolg dieser Operation muss aus heutiger Sicht jedoch zwiespältig bewertet werden. Die geschichtspolitische Meinungsführerschaft konnte nicht erreicht werden, der Einfluss auf das etablierte Spektrum des Konservatismus wurde in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wesentlich geringer. Die im öffentlichen Bewusstsein anhaltende Reduzierung des deutschen Faschismus auf die Person Hitlers setzt sich fort, ist aber keine Erfindung der „Neuen Rechten". Ist die Bilanz auf ideologischem Gebiet also mager, so fällt sie für die Realpolitik weitaus positiver aus. Das wichtigste Ziel des gesamten Konservatismus, die Beseitigung der machtpolitischen Beschränkungen Deutschlands aus der Vergangenheit ist erreicht. Die konservativen und neurechten Vorstöße seit den achtziger Jahren waren eine Etappe auf diesem Weg, die geschichtspolitischen Debatten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre haben die Durchsetzung dieser Entkoppelung auch in der politischen Mitte ermöglicht.

Vom Autor erscheint in Kürze eine umfassende Untersuchung konservativer Faschismusdarstellungen: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, PapyRossa Verlag 2001

Michael Klundt

Deutungskämpfe um Geschichtsbilder

Anhand der Kontroversen über Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus" soll versucht werden zu verdeutlichen, welche allgemeinen geschichtspolitischen Tendenzen sich in der bundesrepublikanischen Gegenwart festmachen lassen. Dabei lautet die zentrale Frage, ob und wie die selektive Absage an die Vergangenheit zur Heiligsprechung der Gegenwart dient.

„Hitlers willige Vollstrecker"

Daniel Jonah Goldhagen entwickelt die Theorie, dass die Vollstrecker des Holocaust durch die Polizeibataillone, in den „Arbeits"lagern (so seine Schreibweise) und auf den Todesmärschen absichtsvoll und bewusst handelten und ihre Taten durch eine sich seit dem Mittelalter entwickelnde spezifische – eliminatorische – Form des Antisemitismus bestimmt waren, von der ein Großteil der deutschen Bevölkerung geprägt war und die sich als kognitives Modell herausbildete (m. E. verstanden als Ideologie, die Denken, Leben, Sprechen und Handeln umfasst).

In einem knappen geschichtlichen Abriß beschreibt er (erklärt aber nicht) die – einen Teil des deutschen Sonderwegs konstituierende – Verbindung von Nationalismus und Antisemitismus seit dem 19. Jahrhundert: „Historisch manifestierte sich der Nationalismus, insbesondere in Deutschland, stets Hand in Hand mit dem Antisemitismus, da die Nation sich nicht zuletzt durch ihren Gegensatz zu den Juden definierte". Goldhagen erkennt zwar, dass sich Nationalismus und Antisemitismus in Deutschland ineinanderfügten „wie Hand und Handschuh"; er ignoriert indes sowohl die politischen und ökonomischen Interessen, die mit dem völkischen Konstrukt einer Nation einhergingen, als auch den imperialistischen Kontext der „Rassetheorien" Ende des 19. Jahrhunderts. Auf seiner These aufbauend, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu Beginn des Faschismus antisemitisch eingestellt war, hält Goldhagen die Etikettierung der Verbrecher als „Nazis" oder „SS-Männer" für vernebelnd, weil sie die „gewöhnlichen Deutschen" ausklammere.

In Deutschland wurde das Buch lange bevor es in der deutschen Übersetzung erschien verrissen. In einer großen Koalition von FAZ bis taz war man sich einig, dass der „rassistische" Goldhagen eine Kollektivschuld der Deutschen und einen unveränderlichen Nationalcharakter propagiere. Goldhagens Buch sei sogar gekennzeichnet von einem „begreiflichen Zorn von alttestamentarischem Atem" („Welt"), mit dem der (wahlweise) „Überzeugungstäter", „Scharfrichter" („Spiegel") und „executioner" („Bayernkurier") den Deutschen noch das Geld aus der Tasche ziehe. Für diese antisemitischen Ausfälle fand Marion Dönhoff in der „Zeit" eine einleuchtende Erklärung: „Auch ist die Befürchtung, dass das Goldhagen-Buch den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus neu beleben könnte, leider nicht ganz von der Hand zu weisen" – womit mal wieder geklärt wäre, wer für den hiesigen Antisemitismus verantwortlich ist.

Titel des Kataloges zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944"

Die alten Herren der sozial-liberalen Geschichtswissenschaft ließen es sich nicht nehmen zu betonen, dass sie Goldhagen niemals promoviert hätten. Neben einigen bedenkenswerten Argumenten hinsichtlich der Kontinuitäten und Brüche des Antisemitismus begründen sie ihre Vorbehalte mit vielen falschen Vorwürfen und Ressentiment geladenen Entgleisungen.

Für die marxistischen Wissenschaftler waren vor allem die Forschungen über die Polizei, die Wehrmacht, die Todesmärsche, die Täterzahl, deren Handlungen, Organisiertheit und deren Lebensumstände weiterbringend. Kritisiert wurde die Reduzierung der Vorgeschichte des Holocaust auf die Geschichte des antisemitischen Denkens in Deutschland. Außerdem entstehe der Eindruck, die „Judenpolitik" sei das Zentrum des Faschismus und der Nationalsozialismus sei ein Unternehmen zum ausschließlichen Zwecke des Judenmords gewesen. Alternativ dazu wurde gefragt, wie soziale, politische, institutionelle Bedingungen und Interessen zusammenwirkten, damit sich die Denkmöglichkeit Judenmord herausbilden, verfestigen und zur Realität werden konnte. Dazu müsse zum einen der Kapitalismus als Gesellschaftssystem und zum anderen der Sonderweg des deutschen Nationalstaates untersucht werden (vgl. die Debatte innerhalb der Linken um „das andere Deutschland", den Widerstand sowie demokratische, nicht-antisemitische Traditionen in Deutschland).

Goldhagen hat mit seinen Thesen eine Verniedlichung des faschistischen Regimes durch aufrechnende Vergleiche verhindert. Es sei an dieser Stelle aber bereits angedeutet, dass der vergangenheits- und geschichtspolitische Diskurs der „Neuen Mitte" sich sehr wohl nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz konstituiert hat.

Wehrmachtsausstellung

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" informiert erstmals öffentlichkeitswirksam über die aktive Rolle der Wehrmacht als Institution im Prozess des Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden, an Sinti und Roma, an den sowjetischen Kriegsgefangenen und bei den rassistischen Verbrechen gegenüber der osteuropäischen Zivilbevölkerung. Sie zeigt in Wort und Bild die Resultate dessen, was lange vor Kriegsbeginn als imperialistischer Raub- und Vernichtungsfeldzug geplant worden war. Der von den Ausstellungsmachern anvisierte „Dialog der Generationen" beinhaltete jedoch neben jahrzehntelang unterbliebenen konstruktiven Gesprächen über die Verantwortung der älteren Generation auch die Tendenz zur harmonistischen Versöhnung mit den „von Hitler instrumentalisierten deutschen Opfern" unter weitgehendem Ausschluss der Verfolgten und ihrer Angehörigen. Die eigenartige Intention der Ausstellungsmacher besteht dabei weniger in rücksichtsloser Analyse und Kritik der von Deutschen begangenen Verbrechen, als in versöh-

nender Forderung nach Verständnis und Einfühlung gegenüber den deutschen Tätern.

Die Möglichkeit, im Bundestag und in der breiten Öffentlichkeit über die „Wehrmachtsausstellung" zu sprechen, ohne die Kontinuitäten zu thematisieren (Deserteure, Auslandseinsätze), liegt teilweise in der Konzeption der Ausstellung selbst. Unberücksichtigt bleiben historische Vorbedingungen und Ursachen des Zweiten Weltkrieges, durch die das Erkennen von personellen, ideologischen und strukturellen Kontinuitäten innerhalb der Machteliten aus Wirtschaft, Militär, Justiz, Wissenschaft und hoher Staatsbürokratie ermöglicht worden wäre. Von zentraler Bedeutung wäre etwa die Aufklärung über den Gesamtzusammenhang der faschistischen Vernichtungsprogramme gewesen, in denen der Massenmord an über 20 Millionen Menschen in Osteuropa zur „Germanisierung" des Ostens, die Ausweitung des deutschen Herrschaftsbereichs sowie die Versklavung der „Restbevölkerung" vorgesehen waren. Nur mit Hilfe der Analyse von Interessen- und Zielkoalitionen von der Planungs- bis zur Ausführungsebene könnte die besondere Bündniskonstellation des deutschen Faschismus und die Rolle der Wehrmacht darin deutlich gemacht werden. Stattdessen bietet beispielsweise Hannes Heer der Totalitarismustheorie neue Nahrung, wenn er am Ende eines Aufsatzes zur Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust völlig zusammenhanglos einwirft: „Die revolutionären Aktionen und militanten Streiks der Linken hatten, auch wenn sie sich internationalistisch verstanden, mit den Putschen und politischen Morden der nationalen Rechten gemein, Gewalt als politisches Mittel definiert und legitimiert zu haben."

Auch in der Neukonzeption der Ausstellung scheint sich der totalitarismustheoretische Ansatz vollends durchzusetzen. Auf die Frage der „Welt", ob es denkbar sei, dass „in der neuen Ausstellung auch die gegenseitige Verschränktheit der nazistischen und kommunistischen Barbarei thematisiert wird", antwortete Jan Philipp Reemtsma: „Das kann ich mir sehr gut vorstellen."

Durch seine Parallelisierung der serbischen Kosovo-Politik mit der faschistischen Vernichtungspolitik, seinem Ruf nach Nato-Bodentruppen, um Serbien zu besiegen, zu besetzen und umzuerziehen, trug Goldhagen inzwischen selbst dazu bei, seine eigenen historischen Ergebnisse zum Holocaust militärpolitisch und geschichtspolitisch zu instrumentalisieren. Durch seine Reduzierung des Antisemitismus in Deutschland und des serbischen Nationalismus der Gegenwart auf phänomenologische kulturelle Probleme, wird die historische Bedeutung des Holocaust vollständig ignoriert und dieser zum geschichtspolitischen Argument zurechtgestutzt.

Die Analysen der Goldhagen-Kontroverse wie der Debatten um die Wehrmachtsausstellung beweisen also auch, dass sich die Absage an die Vergangenheit mit einer Heiligsprechung der Gegenwart verbinden lässt. So lobte Goldhagen die heutige deutsche Innen- und Außenpolitik sowie die deutsche „Vergangenheitsbewältigung" als vorbildhaft und als „Leitbild" für andere Länder, während die Hamburger Ausstellungsmacher immer wieder betonen, dass sie weder die Wehrmachtssoldaten an den Pranger stellen noch die Bundeswehr angreifen wollten. Hierbei handelt es sich im Gegensatz zum schlichten Revisionismus um eine reibungsfreiere und standortgerechtere Instrumentalisierung der jüngeren Geschichte für die (zukünftige) deutsche (Außen-)Politik.

„Schwarzbuch des Kommunismus"

Die Grundthesen des „Schwarzbuchs" lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens gibt es einen zeitlich und räumlich einheitlich verbrecherischen Kommunismus – „aus einem Guß" – von 1917-1991, zweitens belügt sich die Linke hinsichtlich Verbrechen im Kommunismus, drittens sind diese nur die konsequenten Folgen der verbrecherischen linken Idee (Marxismus/Klassentheorie = Rassentheorie), viertens existiert eine Wesens-Identität von Sozialismus und Faschismus als (zusammenarbeitende) Totalitarismen, fünftens stellen Auschwitz und der Judenmord keine negative Singularität dar („Rassengenozid" = „Klassengenozid") und sechstens war die DDR ein NS-ähnliches verbrecherisches und totalitäres „Isolierungslager mit 17 Mio. Insassen".

Die geschichtswissenschaftliche Schnittstelle von Goldhagen und Courtois stellt sicherlich die ideengeschichtliche Methode dar. Goldhagen beschreibt, aber erklärt nicht die Geschichtsmächtigkeit des deutschen Antisemitismus im Zusammenhang mit dem deutschen Nationalismus. Dadurch werden der historisch-gesellschaftliche Kontext, das besondere Verhältnis von Kontinuitäten und Brüchen in der Geschichte des deutschen Sonderweges außer acht gelassen. Allerdings hält Goldhagen das Totalitarismusmodell für „grundfalsch".

Courtois leitet das eigentliche Motiv des Terrors – den er für das Wesen des Kommunismus hält – ab aus einer „leninistischen Ideologie und dem völlig utopischen Willen, eine Doktrin anzuwenden, die keinerlei Bezug zur Realität hat". Dadurch werden ebenfalls geschichtliche Prozesse aus einer Ideologie und aus dem zugehörigen Willen hergeleitet, ohne zu fragen, was die sozialen, politischen und institutionellen Bedingungen waren, die diese Ideologien in bestimmten geschichtlichen Zeiträumen hegemonial werden und bestimmte Handlungspraktiken folgen ließen.

Während Courtois Lenin und Trotzki vorwirft, nicht an den Massenschlächtereien des ersten Weltkrieges teilgenommen und zudem selbigen aus Klassenanalyse und Imperialismustheorie erklärt zu haben, statt – wie Furet – aus „Leidenschaften", rechnet es die FAZ der Wehrmachtsausstellung hoch an, den Blick auf den Krieg „von einer Politik der Interessen hin zu einer Anthropologie der Gewalt" gelenkt zu haben.

Viel wichtiger als diese methodische Gemeinsamkeit zwischen Courtois, Goldhagen und dem Hamburger Institut für Sozialforschung sind jedoch die thematischen Unterschiede: Während Goldhagen und die Ausstellung zu den Wehrmachtsverbrechen die deutschen Täterinnen und Täter zum Untersuchungsgegenstand haben, kommen im „Schwarzbuch" die Deutschen nur als Opfer vor. Die Besonderheit des Holocaust wird durch Vergleiche und Gleichsetzungen mit staatssozialistischen Verbrechen relativiert und der deutsche Vernichtungskrieg im Osten kommt überhaupt nicht vor.

Laut Courtois ist neben dem Antifaschismus und der Revolutionsidee die Erinnerung an den Judenmord nach 1945 schuld an der Vertuschung der Verbrechen des Weltkommunismus. Verantwortlich für die Erinnerung an den Holocaust ist für Courtois die „internationale jüdische Gemeinde" (wer auch immer damit gemeint ist). Die Juden können also nicht nur nicht aufhören, an den Holocaust zu erinnern, sie bringen es sogar fertig, dadurch historische Erkenntnisse über den Kommunismus zu blockieren.

Wie das „Schwarzbuch des Kommunismus" über den Totalitarismusvergleich schließlich zu einem „Weißbuch des Faschismus" wird und sich somit der Übergang von der ideengeschichtlichen Perspektive über das Totalitarismusmodell zum Geschichtsrevisionismus vollendet, bewies Courtois als er sagte, dass er „den Nationalsozialismus, abgesehen vom Verhalten gegenüber den Juden, nur für ‚semitotalitär' halte. Es sei den Nazis, zum Beispiel, nur um ‚Deutschland' gegangen, während der Kommunismus die ‚Weltrevolution' gewollt habe". Zunächst einmal hatte er damit die vielen anderen Opfergruppen des deutschen Faschismus verleugnet. Dann relativierte er den imperialistischen deutschen Raub- und Vernichtungskrieg im Osten und dessen millionenfachen Opfer, da es den Nazis ja nur um Deutschland gegangen sei (fragt sich nur, in welchen Grenzen). Das alles war für Courtois nicht totalitär, weil es offensichtlich nicht geschah. Doch auch seine Konzentration auf den Judenmord beinhaltete blankesten Geschichtsrevisionismus: „Seltsamer noch wurde Courtois, als er eine geheime Rede Himmlers, gehalten 1943 in Posen, erwähnte. Himmler sagte dort, dass die deutsche Bevölkerung die ‚notwendige' Vernichtung der Juden nicht verstünde. Für Courtois ein Indiz für den Rest eines ‚Bewusstseins für Moral' bei den Nazis – während die Kulaken-Aushungerung in der Ukraine von anderen Teilen der dortigen Bevölkerung mitgetragen worden sei". Die Deutschen hingegen hatten laut Courtois offenbar nichts mit der Judenvernichtung zu tun. Er besiegelte schließlich seinen Geschichtsrevisionismus mit der Forderung nach einem Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit, wie man es sonst nur von Rechtsextremen kennt: „Ich frage die Deutschen: Bis wann wollen sie sich so verhalten, als seien sie allesamt die Verurteilten von Nürnberg? Irgendwann muss mal Schluss sein".

Letztlich handelt es sich somit beim „Schwarzbuch" aus deutscher Sicht um das Zurückdrängen der Tatsache deutscher Verbrechen im 20. Jahrhundert zugunsten eines Mythos, der die Deutschen als Opfer zweier totalitärer Diktaturen und deren Verbrechen sehen will. Die deutschen Verbrechen der Vergangenheit werden somit nicht mehr abgestritten, sondern verharmlost, wie im „Schwarzbuch" und seiner positiven Rezeption, oder isoliert vom historisch-gesellschaftlichen Kontext anerkannt und analogisiert, wie durch Scharping und Fischer, sie werden parallelisiert, wie durch Goldhagen, für den Milosevic und die Serben Hitler und seinen willigen Vollstreckern ähneln, und gegebenenfalls als Begründung für heutige Militäreinsätze im Ausland herangezogen und instrumentalisiert.

Von Michael Klundt erschien kürzlich: Geschichtspolitik. Die Kontroversen um Goldhagen, die Wehrmachtsausstellung und das „Schwarzbuch des Kommunismus", PapyRossa Verlag: Köln 2000.

Max Freitag

Schlussstrich mit Finkelstein

Die Debatte, die Norman G. Finkelstein mit seinem Buch „Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird" auslöste, ist nach anfänglichen heftigen Auseinandersetzungen abgeflaut, hat aber nachhaltige Spuren in der politischen Kultur der Bundesrepublik hinterlassen.

Finkelstein definiert sein Buch als eine „Anatomie" und „zugleich eine Anklage" einer von ihm behaupteten „Holocaust-Industrie" in den USA, die aus jüdischen Interessenvertretungsorganisationen bestehe. Jene instrumentalisiere das Gedenken an die Shoah aus „Macht- und Profitgründen". So benützten „jüdische Eliten" den Holocaust, um ihre eigene Position innerhalb der USA und die des Staates Israel zu stärken und gegen Kritik immun zu machen. Die „Holocaust-Industrie" habe zwei „Dogmen" aufgestellt: Zum einen die Einzigartigkeit des Holocaust, um Juden den „Rang" der ersten Opfergruppe in der Geschichte zu sichern und einen moralisch „einzigartigen Anspruch" zu legitimieren. Zweitens die Existenz eines irrationalen, ewigen Judenhasses der Nichtjuden, mit dem jegliche Handlung von Juden als Selbschutz verteidigt werden könne. Deutschland und die Schweiz seien bei den Verhandlungen um Entschädigungsgelder von der „Holocaust-Industrie" moralisch „erpresst" worden, und das zudem mit falschen Angaben über die Zahl der Überlebenden der Shoah. Finkelstein behauptet, dass ein Großteil der an die Interessenvertretungen gezahlten Entschädigungsgelder von diesen nicht an die Holocaust-Überlebenden weitergeleitet werde, sondern für andere Zwekke benutzt und ein „doppeltes Abkassieren" praktiziert werde.

Eine Kernaussage Finkelsteins ist, dass die „skrupellosen Taktiken" der „Holocaust-Industrie" die „Hauptursache" des heutigen Antisemitismus seien. Damit gibt er Juden selbst schuld am Antisemitismus. Alle Antisemiten werden es ihm danken. Finkelsteins Buch strotzt vor antisemitischen Stereotypen von mächtigen und geldgierigen Juden, vor Antizionismus und nicht belegten Behauptungen. Für sich genommen könnte man das „hysterische Buch" (Nathan Sznaider) einfach ignorieren. „'Die Holocaust-Industrie' ist eine grandiose pathologische Studie - über ihren Autor", wie Michael Brenner treffend zusammenfaßt, nicht mehr.

Relevant wird das Buch erst durch die in der Bundesrepublik entstandene Debatte, die den gegenwärtigen deutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit erkennen lässt. Finkelsteins Buch stand wochenlang in den Bestsellerlisten des deutschen Buchhandels und ist mittlerweile bereits in der sechsten Auflage erschienen.

Das Buch ist in Deutschland geradezu dankbar aufgenommen worden. Finkelstein fungiert dabei als „jüdischer Kronzeuge" gegen angeblich „überzogene Forderungen" der Überlebendenorganisationen nach Entschädigungszahlungen. Er spricht öffentlich aus, was Antisemiten bisher nur hinter vorgehaltener Hand zu sagen wagten: Deutschland werde von Juden erpresst und „finanziell gemolken". Damit ist ein Tabu gebrochen, nun wird es öffentlich artikuliert. Durch Finkelsteins Thesen findet somit eine moralische Delegitimierung der Vertreter der Shoah-Opfer statt, die einhergeht mit einer Entlastung der deutschen Zahlungsverweigerer. Die Verantwortung dafür, dass die Überlebenden keine Gelder erhielten, tragen ja nach Finkelstein deren Interessenvertretungen selbst.

Finkelstein will einen „Schlußstrich" unter die Zahlungen ziehen, womit er auf offene Ohren stößt. Auch die deutsche Industrie verlangt „internationale Rechtssicherheit", um weitere Forderungen abzuwehren. Die deutsche Täternation kann sich unter Zuhilfenahme von Finkelsteins Buch als Opfer einer erpresserischen und die Geschichte verfälschenden „Holocaust-Industrie" stilisieren. So werden einmal mehr Täter und Opfer vertauscht.

Andreas Speit

Jargon der Tabubrecher

Norman G. Finkelsteins Rezeption in der Jungen Freiheit

Von den militanten Neonazis bis hin zu den intellektuellen Rechtsextremen feiert die extreme Rechte unisono Norman G. Finkelstein als „Tabubrecher". Der Diskurs in der „Mitte der Gesellschaft" verändert aber auch den Jargon der „Neuen Rechten".

Die „Junge Freiheit" (JF) wagt im 15. Jubiläumsjahr, bei ihren Abwehrreaktionen des „Erinnerns" und ihren Entlastungsstrategien bei den „Entschädigungsforderungen" antisemitische Ressentiments wiederzugeben. Tauchte vor Finkelstein nur versteckt „die Macht der Opfer" (Lars Rensmann) in der JF auf, erscheint jetzt offen das „Gespenst der Macht" (Leo Löwenthal). Als Anfang der 90er Jahre die JF ihrer Leserschaft die „Auschwitzlüge" in einem Bericht über den „Leuchter Report" darlegte, kündigte Dieter Stein einigen Autoren wie Armin Mohler die Zusammenarbeit auf. Primärer und sekundärer Antisemitismus galt der Redaktion als nicht opportun, mochte sie sich doch nicht wie die Autoren der „Deutschen Nationalzeitung" (DNZ) präsentieren.

Im Diskurs über Finkelsteins „Tabubruch" brechen die JF-Autoren indes ihr eigenes Tabu. Insbesondere Ivan Denes beklagt in der JF die „Macht der Opfer". Ausgehend von Finkelsteins Behauptungen in der „Berliner Zeitung" 29.01. diesen Jahres rechnet der ehemalige „Welt"-Mitarbeiter und jetzige Inhaber der „Ost-West-Nachrichtenagentur" in der JF die Zahl der noch „lebenden Sklavenarbeiter" nach und gibt Finkelsteins Bilanz - „de facto können es nicht mehr als 20.000 sein" - wieder. Mit dessen Worten greift er den „World Jewish Congress" und die „Jewish Claims Conference" an, „die über lange Jahre hinweg deutsche Zahlungen, die zur Linderung der Not der überlebenden Holocaust-Opfer geleistet wurden, zweckentfremdet" hätten. Ebenso angelehnt an Finkelstein findet er „klare Worte" für die jüdische Interessenvertretung, die mit den Schweizer Banken verhandelte: „Schließlich brachen die Schweizer Banken ein, sie zahlten 1,25 Milliarden Dollar plus Zins, und um den Knochen hat sich ein knurrender raufender Knäuel von Anwälten, Organisationen gebildet." Die antisemitischen Klischees eines „rachsüchtigen und raffenden Juden" und einer „jüdischen Weltverschwörung" finden sich in JF-Beiträgen Denes. Mit Berufung auf Finkelsteins und Ruth Bettina Birns Publikation „Eine Nation auf dem Prüfstand" hebt Denes hervor, dass „unsere gegenwärtige Interpretation des Holocaust von amerikanischen Juden absichtlich konzipiert worden" sei, „mit dem Zweck ethnischer Vorherrschaft, politischen und finanziellen Vorteils". Quasi als Alibi zitiert er wiederum Finkelstein, wenn er ausführt, dass sich seit den späten sechziger Jahren eine „Art Holocaust-Industrie entwickelt" hätte, die „aus dem Nazi-Holocaust einen Kult" machen würde, um eine „Kritik vom Staat Israel abzuwenden und Kritik der Juden allgemein".

In den Finkelstein-Diskurs greifen aber noch andere Autoren der JF ein. Neben anderen Peter Sichrovsky. Der Europaabgeordnete der „Freiheitlichen Partei Österreich" (FPÖ) greift pauschal die Kritiker an, die die „Antisemitismus-Keule" schwingen und Finkelstein als „jüdischen Antisemit", der dem „jüdischen Selbsthaß'" erlegen sei, bezeichnen würden.

Die Finkelstein-Rezensenten und Autoren der JF bestätigten Salomon Korns und Paul Spiegels Befürchtungen, dass Finkelstein als Alibi für Antisemitismus und Rechtsradikalismus dienen könnte.

Schon vor Finkelstein beruhte die diskursive Macht der „Neuen Rechten" weniger auf dem Lancieren ihrer rechten Mythen in öffentlichen Diskursen, als vielmehr auf dem Insistieren auf unterschiedliche Diskurse. Mögen die Intellektuellen der extremen Rechten früher den Theoretikern des „Extremismus der Mitte" als Stichwortgeber und Alibibeschaffer dienlich gewesen sein, können sie sich heute immer mehr der „Mitte" bedienen. Das Latente wird manifest: erst mit Finkelstein, um reputierlich und akzeptabel zu erscheinen, und dann vielleicht bald ohne ihn, wenn das „Gespenst der Macht" enttabuisiert durch die „Mitte der Gesellschaft" geistert.

Ulrich Schneider

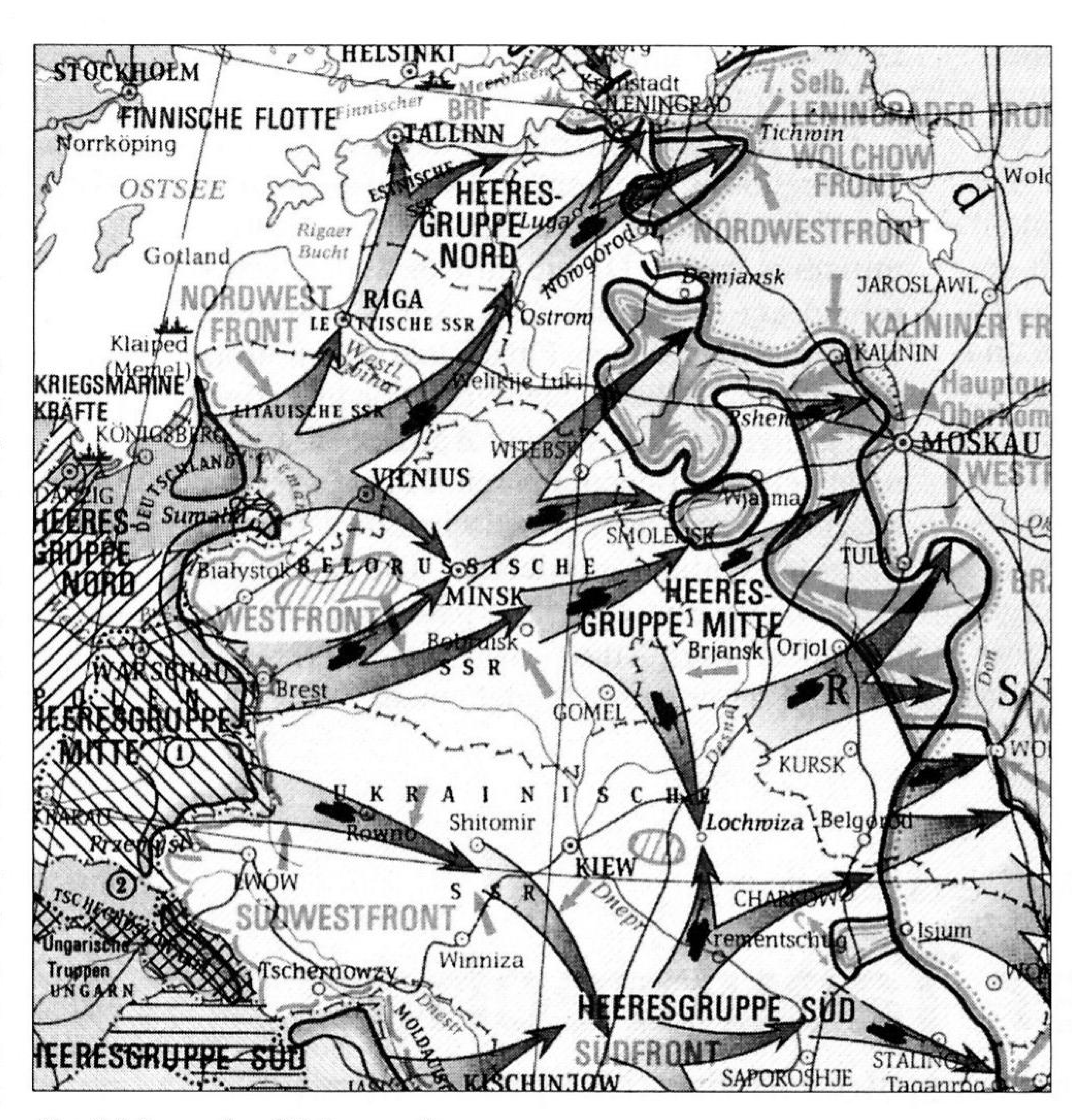
Alle Jahre wieder

Die unendliche Geschichte der Präventivschlagthese

Für Historiker des Zweiten Weltkrieges ist die Debatte längst ein „alter Hut“. Seit dem Historikerstreit und der Auseinandersetzung mit Hoffmann, Post und anderen Vertretern der Präventivschlagthese Ende der 1980er und Mitte der 1990er Jahre sind eigentlich alle Argumente ausgetauscht, die zentralen Dokumente ausgewertet und letztlich das historische Urteil eindeutig bestätigt, dass es sich bei dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 um einen langfristigen Raubkrieg und nicht um einen „Präventivschlag“ handelte.

Dennoch werden neofaschistische und geschichtsrevisionistische Publizisten nicht müde, diese Aussage gebetsmühlenartig zu wiederholen und - gerade in Vorbereitung auf den 60. Jahrestag des Überfalls - erneut ihre Thesen in Buchform zu gießen.

Mit dem Gespür für den richtigen Zeitpunkt legte der österreichische Militärhistoriker Heinz Magenheimer, der sich schon in der Kontroverse um Joachim Hoffmann auf die geschichtsrevisionistische Seite geschlagen hatte, zum Ende letzten Jahres den Band „Entscheidungskampf 1941“ vor. Um nicht zu offensichtlich in den Geruch der NS-Legendenbildung zu kommen, stellt Magenheimer darin nicht in Frage, dass die deutsche Seite einen Vernichtungsfeldzug geführt habe. Auch macht er die Spekulationen eines Suworows, der davon sprach, Hitler sei Stalin nur um Tage zuvorgekommen, nicht mit, behauptet aber gleichzeitig, Stalin habe die UdSSR planmäßig auf einen Krieg mit Deutschland vorbereitet, wobei die Strategie eindeutig offensive Züge getragen habe. Seine Belege sind dabei weder neu noch originell. Die Zahlenspiele bezogen auf eine angebliche Überlegenheit der sowjetischen Truppen bei den „Hauptwaffensystemen“ ignorieren beispielsweise vollständig den unterschiedlichen Aufbau der strategischen Potenziale und den Ausbildungsstand der jeweiligen Truppen. Im Zentrum seiner Argumentation steht jedoch jene oft zitierte „Stalin-Rede“ vom 19. August 1939 vor dem Politbüro im Zusammenhang mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Hieraus leitet er im Besonderen die Aggressivität der sowjetischen Außenpolitik ab.



Ostfeldzug der Wehrmacht

Dieses Dokument ist seit über 10 Jahren, seit Viktor Suworows Buch „Der Eisbrecher“, Streitpunkt der Historiker. Eine russische Edition des Textes in der Zeitschrift „Novyj mir“ von 1994 sagte über die Echtheit des Dokumentes wenig aus. Bernd Bonwetsch und Günter Rosenfeld konnten jedoch schon vor einiger Zeit überzeugend nachweisen, dass es sich bei diesem Dokument de facto nicht um eine sowjetische Quelle, sondern nur um eine Meldung der französischen Agentur „Havas“ handelte, es eine Rede Stalins im Politbüro an diesem Tag nicht gegeben habe. Solche Einwendungen können Magenheimer jedoch nicht irritieren, er nimmt sie schlicht nicht zur Kenntnis.

Auch der Stichwortgeber des neofaschistischen Geschichtsrevisionismus, Viktor Suworow, meldete sich noch einmal zu Wort. Dabei muss es für ihn schon ein Absturz sein, seine Thesen nicht mehr in einem renommierten deutschen Großverlag, sondern nur noch in dem Verlag „Pour le Merite“, in dem geschichtsrevisionistische und wehrmachtsapologetische Arbeiten dominieren, zu veröffentlichen. „Stalins verhinderter Erstschlag“ heißt der Titel, in dem er seine bekannten Thesen - diesmal fokussiert auf das Jahr 1941 - ausbreitet. Der Untertitel lautet so prägnant wie historisch falsch: „Hitler erstickt die Weltrevolution“. Angeblich sei Stalin nie vom Ziel der kommunistischen Weltrevolution abgerückt und das alleinige Ziel seines im Juli (!) 1941 geplanten Überfalls auf das Deutsche Reich sei die Eroberung ganz Europas und seiner Kolonien gewesen. „Hitlers Präventivschlag rettet Europa in letzter Minute vor dem Bolschewismus“ (Verlagswerbung). Damit der potentielle Leser keinen Zweifel daran hat, was Europa erspart geblieben ist, illustriert der „Arndt-Buchdienst“ die Buchankündigung mit einem faschistischen Propagandaplakat, das die Bedrohung durch den bolschewistisch-jüdischen Untermenschen symbolisiert.

Für diejenigen, die eine geschichtliche Antwort zum Juni 1941 aus deutscher Sicht haben wollen, hat Hartmut Schustereit eine neue These entwickelt. Eigentlich habe Hitler die Sowjetunion gar nicht angreifen wollen, sondern die „Uneinsichtigkeit Großbritanniens zwang Deutschland dazu, nach Wegen zu suchen, London zum Frieden quasi zu ‘zwingen’.“ Und die Idee war, mit dem Angriff auf die Sowjetunion 1941 durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen, so der Untertitel des ebenfalls bei „Pour le Merite“ erschienenen Bandes „Vabanque“. Der Titel des Buches bezieht sich aus der Einschätzung des Autors, dass die Wehrmacht angeblich einen „unvorbereiteten, improvisierten Feldzug gegen die Sowjetunion“ geführt habe, der - wie konnte es anders enden - dummerweise verloren ging.

„An Hand von Rüstungsziffern weist Schustereit nach, dass es bis 1940 keine deutschen Pläne - und schon gar keine Vorbereitungen dafür - gab die Sowjetunion anzugreifen“, heißt es im Klappentext. In der Tat war die deutsche Wehrmacht damals vor allem mit dem Krieg im Westen beschäftigt und plante erst danach den konkreten Aufmarsch. Die Konsequenz, die Schustereit seinen Gesinnungsfreunden jedoch glaubt daraus offerieren zu können, lautet: „Die propagandistischen Thesen von angeblichen ‘Welteroberungsplänen’ Hitlers erweisen sich vor dem Hintergrund der Fakten dieses Buches als unhaltbar.“ Soviel Apologie sollte einem dann doch 39,80 Mark für 224 Seiten wert sein. Wenn diese Arbeit schon kein Gewinn für die Wissenschaft ist, dann zumindest für den Verlag und die neofaschistischen Buchdienste, die diesen Titel im Programm haben.

Dass der 22. Juni 1941 in Kreisen deutscher Geschichtsrevisionisten ein Thema ist, überrascht nicht. Überraschender ist dagegen schon, dass auch in Russland erneut ein „Historikerstreit“ um dieses Datum ausgebrochen ist. Dabei geht es den russischen Geschichtsrevisionisten nicht um eine Apologie des deutschen Faschismus, sondern darum „den letzten großen Mythos der Gegenwart“ zu zertrümmern, den „Mythos vom Großen Vaterländischen Krieg“. Bei dieser „Entzauberung“ sind historische Fakten eher störend, wie Alexander Borosnajak schon 1998 belegte. Abenteuerliche Thesen und Verunglimpfungen von Schlüsselfiguren des sowjetischen Oberkommandos, wie Marschall Shukow, sind Teil dieser Kampagne, die sich weniger in historischen Seminaren, als viel mehr in den Massenmedien niederschlägt.

Repräsentanten des „Großen Vaterländischen Krieges“ zu diffamieren, „um zaristische Generalstäbler ungehindert zu Ikonen künftiger militärischer Theoriebildung zu stilisieren, ist“, laut Peter Linke („Freitag“, 2. März 2001), „für viele Revisionisten unverkennbar das entscheidende Motiv ihrer Attacken.“

Damit unterscheidet sich der russische Geschichtsrevisionismus zwar vom Ansatz, jedoch nicht in der Wirkung vom deutschen. Dessen Kernthese: „Deutschland rettete Europa vor der vollständigen Bolschewisierung“ wird im Juni 2001 - nicht allein von den neonazistischen Propagandisten - in den verschiedenen Facetten zu hören sein.

Rückendeckung für Hitler

„Davon haben wir nichts gewusst", läßt Robert Gellately nicht zu. Die Verbrechen des Nationalsozialismus waren in Deutschland ein offenes Geheimnis. Der Professor für Holocaust Studien an der Clark Univerität, USA, betont in seiner Studie „Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany" (Oxford University Press: Oxford 2001), dass die Vernichtung der Juden nicht mit allen Mitteln verheimlicht wurde, sondern das Regime sich stattdessen der breiten Zustimmung der Bevölkerung versicherte.

Der Rechte Rand: Was hat der ‚gewöhnliche Deutsche' während des Nationalsozialismus (NS) über die Verbrechen und Vernichtung der Juden gewusst?

Robert Gellately: Die Deutschen haben mehr gewußt, als sie wahrhaben wollten. Allerdings muß eingeräumt werden, dass die einzelnen Entwicklungen für den ‚gewöhnlichen Deutschen' nicht gleich sichtbar waren. Stattdessen bestimmten positive Erfahrungen die individuelle Wahrnehmung. Für die Deutschen, die sich ins Schema der NS-Ideologie einfügten, waren die Zeiten von 1933 bis 1944 gute Jahre. Die Inflation und die Instabilität der Weimarer Republik hatte Adolf Hitler aufgehoben; die ersehnten Arbeitsplätze und erhoffte Ruhe wurden hergestellt. Durch die Medien erfuhr man aber sogleich viel über die Methoden – die Errichtung der Konzentrationslager und die Verfolgung von Kommunisten, Gewerkschaftern und später den Juden.

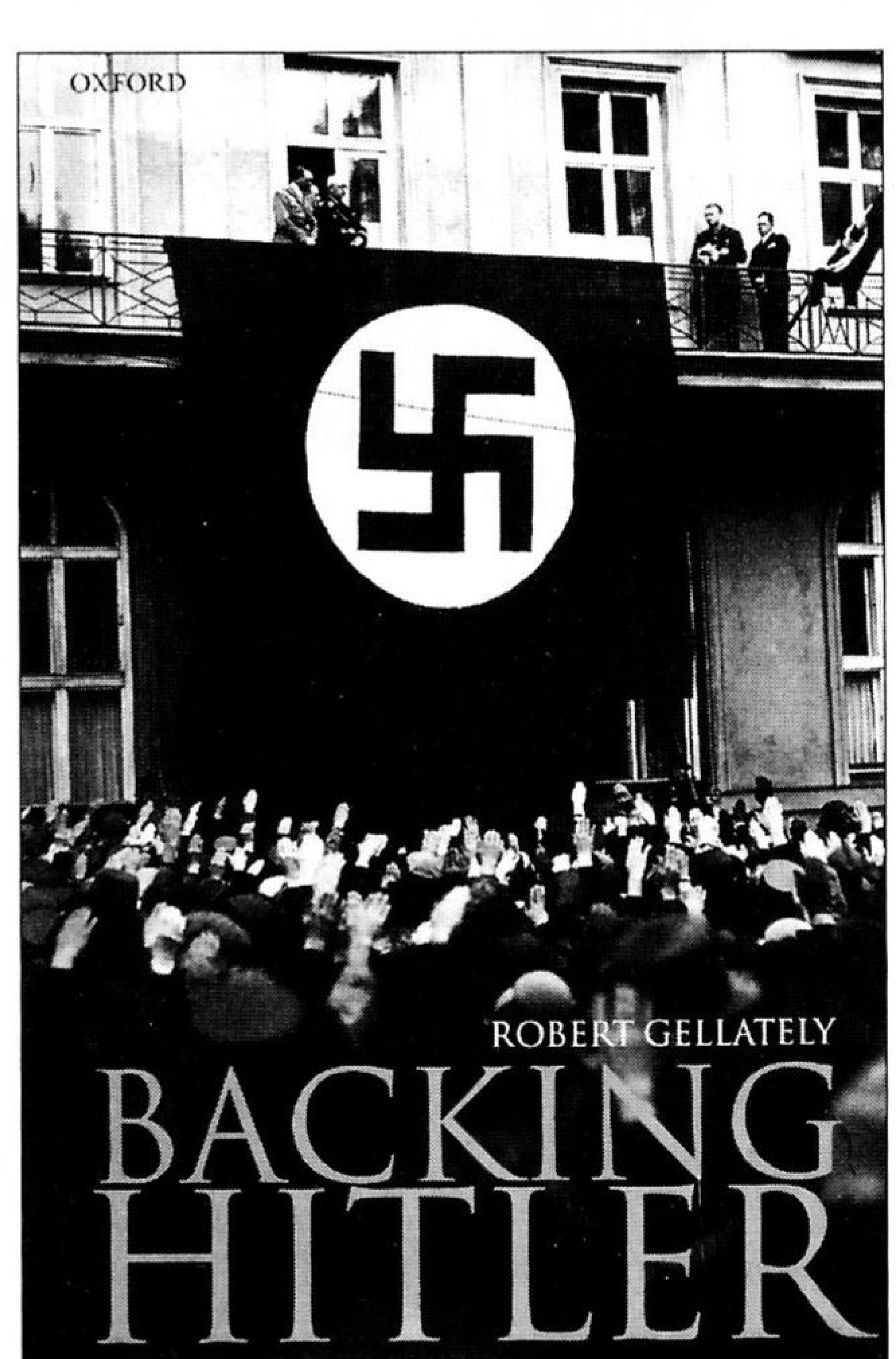
DRR: Zu dieser These kommen sie nach einer Analyse von Polizeiakten und regionalen und überregionalen Zeitungen aus der NS-Zeit. Hans Mommsen kritisiert indes ihre Methode. Sie hätten keine soziologische Auswertung der Presse gemacht und würden ausblenden, dass es keine freien Medien gab.

R. G.: Herr Mommsen widerlegt jedoch nicht, dass sich sehr wohl aus den Zeitungen und den Polizeiberichten herauslesen lässt, was öffentlich bekannt war und welche Meinungen vorherrschten. Deshalb betone ich auch, dass nicht alle alles von Auschwitz wissen konnten. Aber es war ein offenes Geheimnis. Natürlich kenne ich die Grenzen meiner Forschung. So ist es schwer zu sagen, was die Leute beim Lesen einer Zeitung wahrnehmen. Doch auch dies widerlegt meine These nicht.

DRR: Als zentrales Motiv für die Akzeptanz des NS in der Bevölkerung sieht Daniel J. Goldhagen einen eliminatorischen Antisemitismus. Sie lehnen diese Erklärung als monokausal ab.

R. G.: Ja. Goldhagen meint, allein der Antisemitismus hätte das Denken und Handeln im NS bestimmt. Ich denke, dass vielmehr Ordnungsliebe und existenzielle Bedürfnisse wichtige Motive für die herrschende Harmonie waren. Die verinnerlichten Werte und tiefsten Wünsche sind entscheidend. Vor allem an diese hat Hitler apelliert, um populär und akzeptiert zu werden. Natürlich waren die Nationalsozialisten antisemitischer als die Bevölkerung, deshalb mußten sie die Juden ja auch erst zu ‚sozialen Außenseitern' machen.

DRR: Bereits in ihrer Studie über die Gestapo betonen sie, dass durch die freiwillige Partizipation Regime und Volk eins werden.



Titel der englischsprachigen Ausgabe

R. G.: Natürlich gab es auch Terror. Doch dieser traf nicht den Durchschnittsbürger. Den Terror wendete das Regime allein gegen die ‚ungeliebten Menschen' an, die schon vorher ‚ungeliebt' waren. Die Menschen vitalisierten die NS-Ideologie. Über zehntausend Denunziationen registrierten die Behörden. Selbstverständlich wurde auch aus reinem Eigennutz und nicht aus Überzeugung denunziert. Aber dies ändert nichts an der Partizipation am NS. Diese festigte sich auch durch die Profitierung von der Vertreibung der Juden.

DRR: Sie heben hervor, dass mit der Enthumanisierung und ‚Revolutionierung der Revolution' durch den Krieg und die Vernichtung der Juden Hitlers Akzeptanz weiter anstieg. Von einer ‚Atmosphäre des Schreckens' wollen sie nicht, wie Mommsen oder Richard J. Evans, sprechen. Stattdessen reden sie von einer ‚populistischen Diktatur'.

R. G.: Es gab eine schrittweise Desensibilisierung. Volk und Führer wurden eins. Nicht aus Angst, sondern vor allem, weil man dieser Politik zustimmte. Wenn Mommsen und Evans meinen, es war eine Zeit des Schreckens, dann müssen sie dies erläutern. Nur 1944/45 gab es diese Atmosphäre. Aber selbst dann gab es laut der letzten Berichte aus Berlin und Hamburg noch immer eine breite Unterstützung für Hitler.

DRR: Mit ihren Thesen hinterfragen sie Gründungsmythen der Bundesrepublik.

R. G.: Dass nach 1945 niemand etwas wissen wollte, ist nachvollziehbar. Aber mit dem Versuch der Vergangenheitsaufarbeitung wurden Strukturen und Methoden des NS sichtbar. Die geheime Seite des Nationalsozialismus haben wir jahrelang beleuchtet. Es wird Zeit, dass wir nun die öffentliche Seite betrachten. Nichts weiteres möchte ich mit meinen Thesen anstoßen.

Im Frühjahr 2002 erscheint bei der „Deutschen Verlagsanstalt" die Übersetzung von „Backing Hitler".

Das Interview führte Andreas Speit. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der taz Hamburg.

Malloth verurteilt

Der ehemalige SS-Scharführer und KZ-Aufseher Anton Malloth ist am 30. Mai diesen Jahres zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Landgericht München sprach den 89-jährigen des Mordes und des versuchten Mordes für schuldig. Malloth hatte als Aufseher des Konzentrationslagers „Kleine Festung Theresienstadt" 1943 einen jüdischen Häftling erschlagen, weil dieser sich nach einem Arbeitseinsatz „nicht ordnungsgemäß" zurückgemeldet hatte. 1944 hatte er mehrmals auf einen Häftling geschossen, weil dieser einen Blumenkohl versteckte. Malloth war bereits 1948 von einem tschechoslowakischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. In Deutschland indes konnte er bis zum Juni letzten Jahres unbehelligt leben. Die Staatsanwaltschaft Dortmund hatte 20 Jahre gegen Malloth ermittelt, ohne eine Mordanklage zu erheben. Malloth hat Revision gegen das Urteil eingelegt.


Anton Malloth

Ziesel gestorben

Mitte Mai diesen Jahres verstarb der rechtsradikale Publizist Kurt Ziesel im Alter von 90 Jahren in Würzburg. Ziesel war langjähriger Herausgeber des rechtskonservativen „Deutschland-Magazins". Seine Tätigkeit für die 1966 von ihm gegründete „Deutschland-Stiftung" und deren „Deutschland-Magazin" beendete Ziesel Ende 1998 nach drei Jahrzehnten. Seine publizistische Karriere begann der in Innsbruck geborene Ziesel mit dem Eintritt in die NSDAP im Jahre 1931 als Schriftleiter bei NS-Zeitungen. Er arbeitete u.a. für den „Völkischen Beobachter". Seinen ersten Roman veröffentlichte er bereits 1937. Die Gesamtauflage von Ziesels Büchern wird auf mehr als zwei Millionen Exemplare beziffert.

Burschentag in Eisenach

„Geistige Heimat" und „Hauptstadt" der Burschenschaft sei das thüringische Eisenach, so die der „Deutschen Burschenschaft" (DB) vorsitzenden „Rheinfranken" aus Marburg. Vom 7. bis 10. Juni diesen Jahres trafen sich die in der DB organisierten 123 Burschenschaften, vertreten durch knapp 1.000 Burschenschafter, zu ihrem alljährlichen Burschen- und Altherrentag in der Wartburgstadt.

Schon im Vorfeld des Burschentages wurde seitens der DB verkündet, dass nun endlich wieder „Bismarck auf der Göpelskuppe" sei. Dabei handelt es sich um einen steinernen Kopf einer Bismarkstatue, welcher sich, zusammen mit einem weiteren Statuenkopf, nach 28 Jahren wieder im Burschenschaftsdenkmal befindet. Zusammen mit drei weiteren Statuen waren sie 1963 entfernt worden. Und so nennt Arnd Kniese, Vorsitzender der „Vereinigung Alter Burschenschafter" Eisenachs, es denn auch „Die Rückkehr der Geschändeten". Um eine dauerhafte Erhaltung des Burschenschaftsdenkmal zu garantieren, beschloss die DB, einen Förderverein zu gründen. Ihm sollen auch Nichtburschenschafter beitreten können. Es wird eine Mitgliederzahl von 1.000 Personen angestrebt.

Auf dem Burschen- und Altherrentag sprach während des Festaktes auf der Wartburg Andreas Mölzer. Mölzer ist Chefideologe der FPÖ und somit enger Vertrauter Jörg Haiders. Zu seinen Publikationsorganen zählen neben der österreichischen



Björn Clemens, Beisitzender für den Landesverband NRW im Bundesvorstand der „Republikaner"

„Aula" auch die „Junge Freiheit", „wir selbst", der „NHB-Report", die „Kameradschaft", „Nation & Europa" sowie die „Staatsbriefe". Ebenso trat Mölzer mehrmals als Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik" auf. Als einen weiteren Exponenten der extremen Rechten hatte man Alfred Mechtersheimer von der „Deutschlandbewegung" zu Gast. Er referierte am Samstag während des Festkommers. Eisenachs Oberbürgermeister Schneider lies sich trotz dieser Redner nicht von einer Teilnahme und dem Überbringen einiger Grußworte an die DB abhalten.

Matthias Scholle

Janine Clausen

Schill-Partei und DVU auf Erfolgskurs

Bürgerschaftswahlen in Hamburg

Der Hamburger Wahlkampf hat begonnen. Die Sozialdemokraten folgen den Christdemokraten und beide „Volksparteien" rennen den Law-and-Order-Parolen des Rechtspopulisten Ronald Barnabas Schill hinterher. Doch die Kandidatur der Schill-Partei, die sich als Alternative zwischen dem rechten Rand der Volksparteien und den extrem rechten Parteien anbieten will, ist nicht der einzige Versuch, mit Deutschtümelei und Ordnungswahn Wählerstimmen zu gewinnen. Für die Bürgerschafts- und Bezirkswahl am 23. September diesen Jahres haben bereits mehrere extrem rechte und neofaschistische Parteien und Wählervereinigungen ihre Kandidatur angemeldet.



NPD - 0,1% bei den Wahlen, 0 Toleranz bei Altonaer BürgerInnen

Nachdem bei der letzten Landtagswahl 1997 die „Deutsche Volksunion" (DVU) mit 4,97 Prozent der Stimmen nur knapp den Einzug in die Bürgerschaft verpasste, will sie nun laut ihres Partei-Bundesvize Bruno Wetzel „alle Kräfte einsetzen". Ausgehend von den Bezirken Bergedorf, Wandsbek, Harburg und Mitte, wo sie seit der Wahl 1997 in den Parlamenten vertreten ist, versucht die DVU ihren Wahlkampf zu führen. Statt wie gewohnt allein mit Massenpostwurfsendungen in die Öffentlichkeit zu treten, geht die Partei nun auch auf die Straße. Die Hamburger DVU ist inzwischen mehr als nur die aus Bayern ferngesteuerte Phantom-Partei. Während der vierjährigen Bezirksarbeit ist es dem Spitzenkandidaten Heinrich Gerlach gelungen, nicht nur eine eigenständige Fraktionsarbeit zu entwickeln, sondern auch ein Parteienleben aufzubauen. Neben Ausflügen zu DVU-Großveranstaltungen nach Passau bieten sie in Hamburg monatliche „Klönschnacks" an.

Am 3. Juni diesen Jahres wollten die Gerhard-Frey-Hörigen in der Hamburger Innenstadt eine öffentliche Bürgerstunde abhalten. Doch die Antifa-„Müllabfuhr" entsorgte sogleich den „braunen Dreck" auf der Mönckebergstraße. „Dürfen wir ihnen den Nazi-Müll abnehmen", fragten AntifaschistInnen Passanten und hielten blaue Säcke bereit. Als sie dann mit den überwiegend älteren Herrschaften der DVU reden wollten, schirmte die Polizei den Infotisch ab. Durch das beherzte Eingreifen der Bürger in Uniform waren sie auch die einzigen Bürger am DVU-Stand. Obwohl die Stippvisite der DVU nur knapp 30 Minuten betrug und durch den Dauerregen buchstäblich ins Wasser fiel, ist das Konzept der Partei dennoch aufgegangen. Konnte sie doch durch die Ankündigung eines Termins mit Genehmigung der Behörden schon dreieinhalb Monate zuvor ihre klassischen Parole „Deutschland den Deutschen" großräumig in der Stadt plakatieren.

Entrüsteter ist die DVU-Führung in Bayern vor allem über „Die Republikaner" (REP). Zwar hatte 1997 die DVU den REP die Stimmen abspenstig gemacht, doch nun wettert sie über die „Agenten der Gegenseite". Nach dem Beschluß des REP-Bundesvorstandes wechselte der Landesverband noch schnell die Führungsriege aus, um zu verhindern, erneut nur 1,9 Prozent der Stimmen zu erhalten. Zum neuen Vorsitzenden wählte der kleine Landesverband Thomas Nissen, Klaus Riese und Michael Schumann wurden zu dessen Stellvertretern gekürt. Schumann und Riese gehörten zuvor zum „Arbeitskreis Innere Sicherheit" der Schill-Partei. Als Vorsitzender des „Aufbruch 99" hatte Nissen noch im Jahre 2000 versucht, mit der Schill-Partei enger zusammen zu kommen.

Neben der DVU und den REP kandidieren aus dem rechten Spektrum auch noch die NPD, die ÖDP, die „Deutschen Konservativen", die „Initiative Pro D-Mark" und die „Wählergemeinschaft Hamburg" des Ex-Republikaners Uwe Ellefsen. Allerdings hoffen diese nicht wie die DVU laut eines Wahltextes auf ein Ergebnis, „das mehr bei 10 als bei 5 Prozent liegt", sondern kandieren um ihren Parteistatus zu behalten und die Wahlkampfkosten einzuheimsen.

Stephan Lindke

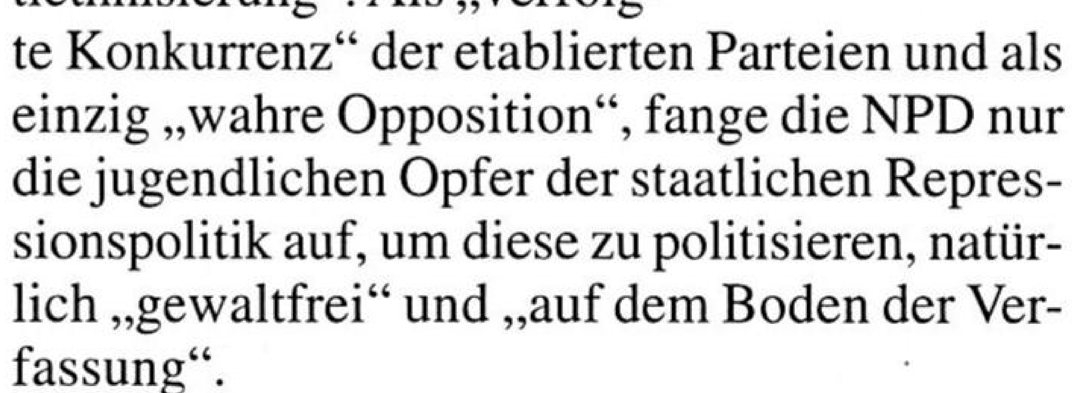
NPD erwidert die Verbotsanträge - juristisch und praktisch

Nachdem am 30. Januar diesen Jahres alle drei antragsberechtigten Verfassungsorgane der Bundesrepublik ihre NPD-Verbotsanträge beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereicht hatten, handelte die Partei nun. Ihr „Rechtsvertreter" Horst Mahler erwiderte die Anträge von Bundesregierung und Bundestag.



Horst Mahler

Auf 388 Seiten leitet Mahler her, dass der den Verbotsanträgen zugrunde liegende Grundgesetzartikel 21, Absatz 2 und damit das gesamte Verfahren verfassungswidrig sei, da ein Verbot der NPD einen Eingriff in das Recht auf Meinungsfreiheit darstelle und damit die europäischen Konventionen verletze. Ein diesbezüglicher NPD-Antrag ist beim Europäischen Gerichtshof noch anhängig. Des weiteren sieht Mahler die NPD nur als Ausdruck einer systemkritischen Bewegung und nicht als deren Auslöser. Der wahre Auslöser sei das undemokratische System Bundesrepublik mit dem gescheiterten Konzept der „Multiethnisierung". Als „verfolgte Konkurrenz" der etablierten Parteien und als einzig „wahre Opposition", fange die NPD nur die jugendlichen Opfer der staatlichen Repressionspolitik auf, um diese zu politisieren, natürlich „gewaltfrei" und „auf dem Boden der Verfassung".



„Das Ziel ist das Reich"

Worin das Ziel dieser „gewaltfreien" Politisierung liegt, bleibt der ehemalige Aktivist des 2. Juni nicht schuldig. Er betont, dass es einem „freien Volk" erlaubt sein müsse, „öffentlich zu erörtern, ob die eine oder andere Antwort, die die Nationalsozialisten gefunden haben, nicht in heutiger Zeit fortgeführt" werden sollte. In der bekannten NPD/NS-Diktion rekurriert Mahler auf die „Volksgemeinschaft" und auf einen durch „Nationale Kräfte" gesteuerten „Heilungsprozeß", der auf den „Nationalen Umbruch" abzielt.

Spitzelenttarnung zur Verbotsunterstützung?

Als Indiz für die „Konkurrenz"-These sieht Mahler auch die Enttarnung des stellvertretenden thüringischen NPD-Landesvorsitzenden Tino Brandt als langjährigen Spitzel des Thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Aufgrund seiner führenden Position in der NPD und im „Thüringer Heimatschutz" galt er als Schnittstelle der Partei zur militanten Neonazi-Szene. Die rechtsextreme Presse geht davon aus, dass die Enttarnung von Brandt und noch folgende Spitzelentarnungen im Hinblick auf das Verbots-Verfahren erfolgen. Die bisher geheimgehaltenen Quellen können so als Zeugen vor dem Bundesverfassungsgericht auftreten. Mahler sieht damit auch seine „Unterwanderungs"-These gestärkt, da die angeführte enge Zusammenarbeit mit militanten Neonazis und Skinheads maßgeblich durch den Verfassungsschutz initiiert sei.

Für die Entgegnung auf den Antrag des Bundesrates ist der NPD eine Terminverlängerung bis zum 22. Juni diesen Jahres eingeräumt worden. Ob dann eine Entscheidung auf Zulässigkeit der Anträge durch das BVerfG noch, wie angekündigt, vor der Sommerpause erfolgt, erscheint fraglich.

NPD wieder auf der Straße aktiv

Trotz oder wegen der Verbotsanträge ist die Partei auf der Straße so präsent wie schon lange nicht mehr. Die zahlreichen angemeldeten Demonstrationen der NPD werden durchgehend mit dem Verweis auf den Parteienstatus höchstrichterlich genehmigt. Dennoch hat die einstige Zusammenarbeit mit der militanten NS-Szene um die „Freien Nationalisten" einen Bruch bekommen. Seitdem der NPD-Bundesvorstand - als „Schadensbegrenzung nach den ersten Verbotsforderungen im „Antifa-Sommer" 2000 - ein Demonstrationsstop verordnet hatte, wird der Parteiführung von der militanten Basis ein Einknicken vor dem System vorgeworfen. Auch wenn mit der Duldung der „Revolutionären Plattform" und der Anerkennung des geputschten" Landesvorstands Schleswig-Holstein um den „Freien Nationalisten" Peter Borchert eine erneute Annäherung angestrebt wird, möchte die Bundespartei dennoch mißliebige Stimmen ausschließen. So enthob der Bundesvorstand am 22. April diesen Jahres dann doch den gerade erst anerkannte Landesvorsitzenden Borchert seines Amtes. Mit seiner Rede am diesjährigen 1. Mai beim Aufmarsch der „Freien Nationalisten" in Frankfurt habe er die „Parteidisziplin" verweigert.

Die „Freien Nationalisten" bereiten sich längst darauf vor, das Erbe der ältesten neofaschistischen Partei Deutschlands zu übernehmen. Mit der Ausweitung ihrer Strukturen und mit einer zunehmenden Radikalisierung ihrer Basis stehen sie bereit. „Einem Verbot sehe ich leidenschaftslos entgegen", betont Christian Worch schon lange.

Hausdurchsuchung bei Mahler

Am 11. Juni diesen Jahres wurden die Geschäfts- und Privaträume des neofaschistischen Rechtsanwalts Horst Mahler vom Staatsschutz durchsucht. Ebenfalls erfolgte zur gleichen Zeit eine Hausdurchsuchung der Parteizentrale der NPD in Berlin-Köpenick. Der Durchsuchungsbeschluß erfolgte aufgrund des Verdachts der Volksverhetzung. Zugrundegelegt wurden mehrere Schriften Mahlers für eine Schulungseinrichtung und im Internet. Mahler vertritt die NPD als Rechtsanwalt in der Verhandlung um das Verbot der extrem rechten Partei vor dem Bundesverfassungsgericht.

Mehr rechte Straftaten

In den Bundesländern Baden-Württemberg und Thüringen sind rechte Straftaten im Jahr 2000 erheblich häufiger verübt worden als im Vorjahr. Nach Angaben der Landesinnenministerien sind in Baden-Württemberg mit 1.470 Straftaten 75 Prozent mehr als noch im Jahr 1999 verübt worden. In Thüringen habe es einen Anstieg von 1.100 auf ca. 1.900 Straftaten gegeben.

Carsten Hübner

Tino Brandt als VS-Spitzel enttarnt

Folgen des neuerlichen Verfassungsschutz-Skandals in Thüringen für NPD-Verbot noch nicht absehbar

Nachdem mit Thomas Dienel bereits im Juni vergangenen Jahres eine Führungsfigur der Thüringer Neonazi-Szene als V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes enttarnt worden ist (vgl. DRR Nr. 65), erschüttert nun ein weiterer Skandal das Landesamt in Erfurt.

Tino Brandt, bis dato stellvertretender NPD-Landesvorsitzender und wesentlicher Initiator des militanten „Thüringer Heimatschutzes" (THS), stand ebenfalls auf der Gehaltsliste der Schlapphüte. Rund 200.000 Mark soll er seit Ende 1994 für seine Zuträgerdienste erhalten haben, die er nach eigenen Angaben „in die Bewegung" gesteckt haben will.



Tino Brandt *Foto: Peter Jülich*

Die Konsequenzen sind bis heute noch nicht absehbar. Kostete die Enttarnung Dienels allein dem damaligen VS-Chef Helmut Roewer den Posten, so steht nun neben den Rücktrittsforderungen an CDU-Innenminister Christian Köckert und seinen neuen VS-Präsidenten Thomas Sippel mit einem Antrag der SPD-Landtagsfraktion auch die Auflösung des Landesamtes selbst zur Diskussion. Allerdings nur, um die Behörde dann umgehend wieder neu gründen zu können. Seinen Beitrag zur avisierten Stunde Null hat VS-Vize Peter Nokken bereits kurz nach Bekanntwerden der Affäre geleistet. Nach einem prompt genommenen Urlaub wird er an seinen bisherigen Arbeitsplatz nicht zurückkehren. Er bat um Versetzung.

Die eigentliche Dimension und bundespolitische Bedeutung erhält der Fall Brandt jedoch erst mit Blick auf das gegenwärtig laufende NPD-Verbotsverfahren, in dessen Zentrum nicht zuletzt die offensive organisatorische wie ideologische Annäherung der NPD an militante neonazistische Gruppierungen in den vergangenen Jahren steht. Die daraus resultierende Radikalisierung, so der Tenor der Anträge von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat an das für Parteiverbote zustände Bundesverfassungsgericht, habe eine Qualität erreicht, die ein Verbot notwendig erscheinen läßt. Mit dem Fall Brandt gerät diese Argumentation nun unerwartet ins Zwielicht, wie ein gewisser Manebacher am 18. Mai diesen Jahres im Internet-Diskussionsforum des THS anmerkt: „Gewinnen wir der Sache mal was Positives ab. Durch die Tatsache, wenn es so sein sollte, das die Schlapphüte Aufmärsche finanziert haben, einmal Dankeschön. Weiterhin wird diese Sache den Verbotsantrag gegen die NPD mächtig ins Wackeln bringen. Karlsruhe, wir schauen auf dich. Wir werden sehen wer am Ende lacht". Seine Häme ist durchaus nachvollziehbar. Aus mehreren Gründen: Zunächst einmal gehörte Tino Brandt, wie auch Thomas Dienel, zu den maßgeblichen Köpfen des Thüringer Neonazismus. Alle wesentlichen Aktivitäten und Entwicklungen der vergangenen Jahre stehen direkt oder mittelbar mit seiner Person in Verbindung – sei es der Strukturaufbau im militanten Kameradschaftsspektrum, seinen es Demonstrationen und großangelegte Propagandaaktionen oder die Schaffung von Kontakten auf Bundesebene und ins Ausland. Alles spricht dafür, dass die vom VS gezahlten rund 200.000 Mark dafür den finanziellen Background geschaffen haben. Wenn man zudem berücksichtigt, dass auch ein führendes Mitglied von „Blood & Honour" aus Thüringen ebenso auf der Gehaltsliste des VS gestanden hat wie ein weiteres, aus der militanten Neonaziszene stammendes Mitglied des NPD-Landesvorstandes, dann drängt sich geradezu die Frage auf, welche grundlegende Bedeutung dem Agieren des VS für die besorgniserregenden Entwicklungen innerhalb des militanten Kameradschaftsspektrums zukommt. Zu effektiven Handlungsstrategien gegen eine Stabilisierung des THS hat das VS-Engagement nachweislich jedenfalls nicht geführt. Eher schon zu „Rechtsextremist(en) auf Staatskosten", wie die taz am 22. Mai diesen Jahres titelte.

Doch mit der offensichtlichen Förderung neonazistischer Organisierung nicht genug. Denn dadurch, dass Tino Brandt in seinen Funktionen als Pressesprecher und stellvertretender Landesvorsitzender der NPD geradezu exemplarisch stand für die im Verbotsantrag hervorgehobene Nähe der Partei zum militanten Neonazismus und der daraus resultierenden Radikalisierung der NPD – Brandt wird im Anhang des Antrages diesbezüglich namentlich erwähnt - muß nun auch die Frage geklärt werden, inwieweit genau dieser Prozeß maßgeblich vom

8. Mai - neofaschistische Putztruppen unterwegs

Wer bei dieser Überschrift an die Frankfurter Putztruppe um Joschka Fischer denkt, der irrt. Ob man es glaubt oder nicht, das „Aktionsbüro Norddeutschland" der „freien Kameradschaften" mobilisiert seine Anhänger zum Frühjahrsputz. Just zum 8. Mai ruft ein „Nationales Ehrenkomitee 8.Mai" dazu auf: „Reinigt auch bei Euch in der Region die Soldatenehrenmale".

Und man sieht sie schon ganz plastisch vor Augen: Glatzköpfe mit Putzeimer, Scheuerlappen und Meister Propper (oder vielleicht - aus ideologischen Gründen - doch „Der General"?) dackeln auf die Friedhöfe und mühen sich, die Patina der Geschichte von den vormaligen „Heldengedenkstätten" abzukratzen. Und das ganze verkaufen sie ihren Anhängern auch noch als „Ehrendienst" am deutschen Volk.

Populistisch hatte dereinst die NPD in ostdeutschen Plattenbausiedlungen Grünanlagenpflege betrieben, um ihren „Aufbauwillen" zu zeigen. Zu mehr als ein oder zwei plakativen Aktionen hat es jedoch nicht gereicht. Nun wollen die „freien Kameradschaften" diesen Zirkus ideologisch korrekt an den Soldatengräbern fortsetzen.

Schon im letzten Jahr haben die Hamburger Neonazis anlässlich des „Volkstrauertages" einen Aufmarsch am Soldatendenkmal durchgeführt. Damit sollte diesem Tag sein von Militaristen und Faschisten ursprünglich gegebener Name „Heldengedenktag" zurückgeben werden. Nun wollen sie mit ihrer Putzaktion - wie sie auf ihrem Flugblatt, auf dem sie ein Symbol der faschistischen Durchhaltepropaganda adaptieren, erklären - „an diesem Datum den nationalen Widerstand ins Volk tragen". Vollmundig tönen sie: „Der 8.Mai soll daher von nun an der 'Tag der Ehre' werden!"

Vielleicht erwarten die Organisatoren auch, dass die beiden von ihnen an diesem Tag angemeldeten Kundgebungen in Guben - unter dem lustig gereimten Motto „Das ganze Guben soll es sein - feiert euern 8. Mai allein" - und in Dresden nur wenige Teilnehmende anziehen werden, da sie mitten in der Woche für überregionale Mobilisierungen ungünstig weniger Resonanz finden werden, so dass sie ihre Anhängerschar wenigstens mit Putzaktionen in Bewegung halten können.

Doch sie können putzen soviel sie wollen - die Flecken der Vergangenheit, die tausendfachen Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Vernichtungskrieg werden sie damit nicht wegwischen können. Der 8. Mai 1945 ist und bleibt der Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Vielfältige Aktionen von antifaschistischen Kräften und demokratischen Initiativen sorgen auch in diesem Jahr dafür, dass dies im öffentlichen Bewusstsein niemals vergessen wird.

Bernd Kant

Thüringer VS beeinflußt oder sogar durchgesetzt wurde. Horst Mahler & Co. haben bereits angekündigt, dem Fall Brandt einen zentralen Platz in ihrer Verteidigungsstrategie einzuräumen, um damit belegen zu können, ein Netz von Agents provocateurs trage die Verantwortung für die inkriminierten Radikalisierungstendenzen und die engen Verbindungen ins militante Lager. Die NPD selbst hingegen, so ja bereits seit Monaten die Verteidigungslinie, sei in dieser Hinsicht Opfer gezielter Unterwanderung und nicht Akteur.

So absurd und abwegig diese Position bei Kenntnis der allgemeinen Entwicklungstendenzen innerhalb der NPD und des neonazistischen Spektrums Szenekennern auch erscheinen mag, für die hohen Hürden, die das Bundesverfassungsgericht bei Verbotsverfahren gegen Parteien anlegt, hat der Fall Brandt ein nicht zu unterschätzendes Gewicht. Erst kürzlich zitierte die Thüringer Landeszeitung den grünen Rechtsexperten und Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele mit der Befürchtung, er sehe eindeutig die Gefahr, dass ein Teil der Erkenntnisse aufgrund der V-Mann-Tätigkeit Tino Brandts entkräftet würde. Zumal mit dem Verfassungsrichter Hans-Joachim Jentsch, früher Justizminister in Thüringen, ein Kenner der Szene für das Verbotsverfahren zuständig sei.

Tino Brandt selbst zeigt sich von diesen Entwicklungen auffallend unbeeindruckt. Während Politik, Landesamt und natürlich die Öffentlichkeit nun seit Wochen über notwendige Konsequenzen und Folgen aus der Affäre streiten und versuchen, den eingetretenen Schaden zu begrenzen, geriert sich der Spitzel selbst als fröhlicher Plauderer. Hatte er noch kurz nach Bekanntwerden seiner V-Mann-Tätigkeit jegliche Zusammenarbeit mit dem VS abgestritten und einer Reihe von Zeitungen mit Strafanzeigen gedroht, erklärte er nur wenige Tage später seinen Austritt aus der NPD. Den für den 17. Mai diesen Jahres vereinbarten Rapport beim NPD-Vorsitzenden Udo Voigt wollte er sich dann wohl doch nicht mehr zumuten. Zu detailliert und glaubwürdig waren die am 12. und am 16. Mai veröffentlichten Informationen der „Thüringer Allgemeinen", um die Zusammenarbeit noch weiter leugnen zu können. Kurz zuvor war bereits sein Arbeitsvertrag beim neonazistischen „Nation und Europa Verlag" im fränkischen Coburg geplatzt, wo er als kaufmännischer Angestellter im Versand tätig war.

Die dadurch in jeder Hinsicht entstandenen Freiräume füllt er nun mit Pressegesprächen in Omas Kleingarten. Dort berichtet er denen, die es hören wollen, dass Handy, Homepage, Flugblätter, Transparente und Reisen zu Demos „ein Heidengeld (kosten), was die meisten Kameradschaften ohne Hilfe vom Staat kaum aufbringen könnten". Für größere Posten, etwa den Druck von 40.000 Aufklebern zum Gedenken an Rudolf Heß, habe er allerdings etwas sparen müssen. Dafür hätten die wöchentlichen Zahlungen zwischen 300 und 500 DM jeweils alleine nicht gereicht. Auch über seine Gegenleistungen gibt er bereitwillig Auskunft. „Lapidares Zeug" sei es gewesen, im „lockeren Zwiegespräch", aber „weitgehend ehrlich", weil er nicht wissen konnte, „wer von unseren Leuten noch als Informant dabei ist". In einem Interview mit dem „Freien Wort" antwortet er auf die Frage nach weiteren Spitzeln, zumal in Führungspositionen, noch deutlicher: „Wie definiert man Führungspersonen? Wenn im NPD-Landesvorstand nur Führungspersonen sitzen, dann lautet die Antwort ‚ja!'". Und weiter: „In den Führungsämtern der einzelnen Kameradschaften gibt es meiner Meinung nach weitere Spitzel". Wie Recht er hat.

Wirklich interessant werden seine Aussagen aber erst, wenn sie den Bereich polizeilicher Ermittlungen streifen. Denn ähnlich wie im Fall eines führenden B&H-Aktivisten, der allem Anschein nach von seinen Dienstherren im Amt rechtzeitig vor einer Hausdurchsuchung des Staatsschutzes gewarnt wurde und der zur Krönung der Posse dafür jetzt auch noch als Klageführer gegen das inzwischen ergangene Verbot der Organisation auftritt, hat auch Tino Brandt nicht nur Informationen geliefert, sondern auch bekommen: „Wenn es zum Beispiel hieß, nächste Woche kein Kontakt über Handy, wussten wir, dass ein anderer Dienst oder der Staatsschutz unsere Telefone mithört". Wie weit die Protektion seitens des VS jedoch ging, kann selbst Brandt nur ahnen, wenn er mit Blick auf eine Reihe von Strafverfahren mutmaßt: „Meistens wurde das Verfahren eingestellt, aber ich glaube nicht, dass Günther (sein V-Mann-Führer, C.H.) darauf Einfluss hatte". Eine Anzeige wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt, zunächst bezogen auf den Fall des B&H-Aktivisten, ist vor diesem Hintergrund bereits vom PDS-Fraktionsvizevorsitzenden Bodo Ramelow erstattet worden.

Soviel ist sicher. Der Fall Tino Brandt wird die Öffentlichkeit weit über Thüringen hinaus noch eine ganze Weile beschäftigen. Nicht zuletzt, weil seine Enttarnung weitere Enttarnungen nach sich ziehen wird. Die Debatte, welchen Anteil Geheimdienste am Aufbau neonazistischer Strukturen und an rechten Aktivitäten haben, wird dadurch neue Nahrung erhalten. Und neue Fragen werden gestellt werden müssen: Was bedeutet es für den Haushalt des Thüringer Innenministeriums, wenn der Thüringer Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 2001 feststellt, in 2000 habe der THS als einzige rechte Organisation einen Anstieg der Mitgliedszahlen zu verbuchen gehabt, nämlich von 120 auf 160 Personen plus weiterer Sympathisanten? Und droht dem Landesamt bei einem Erfolg des NPD-Verbots gar ebenfalls das Verbot – als NPD-Tarnorganisation?

Carsten Hübner (MdB) war von Anfang 1996 bis Sept. 1998 Mitarbeiter der PDS-Landtagsfraktion in Thüringen und u.a. zuständig für den Bereich Neonazismus. Seit den letzten Bundestagswahlen ist er menschenrechtspolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion. In Kürze ist über sein Berliner Büro auch eine Materialsammlung zum Fall Tino Brandt zu beziehen (Tel.: 030-227-75831).

NPD gegen NATO

Am 9. Juni diesen Jahres führte die NPD als „antiimperialistische Initiative - »Nie wieder Krieg«" eine Veranstaltung im Volkspark Kaiserslautern durch. Diese stand unter dem Motto „1000 Völker statt 1000 Bomben – Nein zum US-Imperialismus". Arrangiert war das Treffen als Protest gegen das alljährlich in Kaiserslautern stattfindende „NATO-Musikfestival". Ihren Antisemitismus drückte die NPD dabei mit ägyptischen, irakischen und palästinensischen Flaggen aus, die als Bühnendekoration dienten, aber nach polizeilicher Anweisung abgenommen werden mußten. Im Vorfeld hatte die NPD die Partei „Die Grünen" zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen.

Eklat um rechtsextremen Referenten

Um die Ambivalenz der 68er zwischen dem ruhigen „Marsch durch die Institutionen" und dem Abdriften in den terroristischen Untergrund sollte es am 8. Mai in der Kieler Pumpe gehen. Doch die Veranstaltung zeigte eine ganz andere Ambivalenz ehemaliger Protagonisten der 68er-Bewegung. Sehr kurzfristig, so hieß es, hatte der Hauptreferent Prof. Hauke Brunkhorst von der Uni Flensburg abgesagt. Als Ersatz hatte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Klaus Kellmann, den ehemaligen Hamburger SDS-Funktionär Reinhold Oberlercher eingeladen.

Der ließ in seinem Vortrag über „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der 68er Idee" an seiner jetzigen politischen Heimat keinen Zweifel: Die rot-grüne Bundesregierung habe „den 68er-Mythos zur Rechtfertigung für ein Land in amerikanischer Vasallität instrumentalisiert". Die 68er hingegen seien „klar antikapitalistisch, antiamerikanistisch und antiisraelisch" gewesen. Die Bundesregierung sei ein „Propagandist der Fremdherrschaft gegen das deutsche Volk".

Als Oberlercher ein von ihm und dem vom RAF-Anwalt zum NPD-Funktionär mutierten Horst Mahler unterschriebenes Manifest verlesen wollte, wurde aus der Zuhörerschaft der sofortige Abbruch des Vortrags verlangt. „Was Sie da machen ist Faschismus!" konterte Oberlercher, der sich auch durch Kellmanns vorsichtige Intervention nicht von seinem Vorhaben abbringen lassen wollte und ihn „einen erbärmlichen Feigling" schimpfte.

Die Veranstaltung musste wegen des drohenden Tumults unterbrochen werden. Klaus Kellmann räumte ein, die kurzfristige Absage des eigentlichen Referenten habe ihm kaum eine andere Wahl gelassen, als Oberlercher, „einen wichtigen Zeitzeugen und Weggefährten Rudi Dutschkes", einzuladen, denn „am symbolischen 8. Mai" sei „der deutsche Referentenmarkt wie leer gefegt". Den „Kieler Nachrichten" sagte Kellmann, er sei sich „über die Tragweite von Oberlerchers Wandel nicht im Klaren" gewesen und fühle sich von ihm „hintergangen".

Mit Oberlercher habe er dessen Referat „in einem mehrstündigen Telefonat abgesprochen", der habe sich jedoch nicht an die dort getroffenen Vereinbarungen gehalten. Im übrigen sei „nicht belegt, dass Oberlercher wirklich der NPD nahe steht". Eine solche Einschätzung hielt man im Publikum „bei einem Vertreter der Landeszentrale für außerordentlich naiv", denn Oberlercher ist schon Ende der 80er Jahre mit rechtsextremen Publikationen aufgefallen.

Andreas Speit

„Etwas ist faul im Staate ..."

Christoph Schlingensiefs Hamlet-Projekt

Ausgestiegen oder nicht ausgestiegen, das wäre die Frage. Im Rahmen des 38. Berliner Theatertreffens an der Volksbühne führte Christoph Schlingensief sein Hamlet-Projekt auf, das mit seinem Aussteigerprojekt „Naziline.com" (sprich Nazilein, komm) verbunden ist. Fünf vermeintlich ausstiegswillige Neonazis, bekleidet mit schwarzen Ledermänteln und eingehüllt in grauen Nebel, verkünden auf der Bühne ihren Ausstieg.

„Ausstieg als Einstieg" definiert das Enfant terrible des deutschen Theaters das „Gesamtkunstwerk Resozialisierung", mit der er das Aussteiger-Programm der Bundesregierung karikieren will. Denn man müsse den Neonazis nicht nur „die Hand reichen, sondern sie auch schütteln". So wenig jedoch in Schlingensiefs Inszenierung Hamlets Frage „sein oder nicht sein" beantwortet wird, so sehr bleibt das Ausstiegsbekenntnis der Nazi-Akteure Thomas Lemmer, Jan Zobel, Jürgen Drenhaus, Tim Holtschneider und Melanie Dittmer fragwürdig.

Bereits bei der Uraufführung von Schlingensiefs erster Klassikinszenierung in Zürich traten die Nazis als Nazis auf. Die angeblichen Ausstiegswilligen spielten jene Schauspielertruppe, die in dem Stück das Stück aufführte, durch das König Claudius mit seinem Mord an Hamlets Vater konfrontiert wird. Hamlet hoffte ihn so zu einem Geständnis zu bewegen. Nachdem Lemmer und Co die Shakespeare-Rollen spielten, spielen sie Schlingensiefs entworfene Rollen nach. Die Männer skandieren ein ominöses Ausstiegsmanifest, von dem sich die einzige Dame sogleich distanziert. Sie sei keine Aussteigerin, „mögt ihr mich trotzdem?", ruft Dittmer ins Publikum. Dann schlagen die Nazis im Gegenlicht getreu dem Klischee mit Baseballschlägern Hamlet nieder und singen das „Deutschlandlied von Body-Checks: „Oft schaue ich in der Welt herum / und lerne zu verstehen / Doch Deutschland, das ist meine Welt / Zu Deutschland werd ich stehen.".

Christoph Schlingensief

Mit der Inszenierung will Schlingensief wie bei seiner „Deutschlandsuche ´99" die Differenz zwischen Theatralität und Realität reduzieren. Als personifizierte deutsche Realität holte der „Provokateur in Permanenz" damals u.a. Rainer Langhans, Reinhold Oberlercher und Horst Mahler auf die Bühne. Sein und Schein, Zuspruch und Widerspruch sollte in der inszenierten hermetischen Situation kolportiert werden. Doch die Inszenierung blieb Inszenierung – Theater im Theater. Auch bei dem Hamlet-Projekt, das die „Bundeszentrale für Politische Bildung" mit 50.000 Mark sponsert. Nicht nur, weil die Dramaturgie Schlingensiefs weder dekonstruiert oder reflektiert, sondern vor allem weil die Motivation seiner „Skandalerreger" eine andere Intention hat. Nur Dittmer von der „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft" darf man glauben, wenn sie ihren Ausstieg abstreitet. Trotz verbaler Läuterung im Theater wirkt die Crew aus Lemmers Firmen „Funny Sound" und „Creative Zeiten" weiter in der Naziszene. Zobel kümmert sich immer noch um das Rechtsrock-Magazin „Rock Nord" und die Nazi-Postille „Düsseldraht". Drenhaus, Sänger der Naziskinhead-Band „Body-Check" und Holtschneider von Lemmers „Jugendoppositionellen" bemühen sich ebenso weiter.

Bereits 1993 hatte Lemmer als Fraktionsgeschäftsführer der Düsseldorfer REP-Abspaltung „Freie Wählergemeinschaft" seinen „Ausstieg aus der Politik" erklärt. Ohne Folgen. Nun verbindet der Sonnenstudio gebräunte Braune seine Ausstiegsbekundung mit einem Verkaufsangebot von 51 Prozent seiner Firmen. Für etwa 2 Millionen würde er seinen Musikverlag verkaufen. Am liebsten an Otto Schily, der dann zum weltweit größten Rechtebesitzer an rechter Musik würde. „Die kann er dann komplett einstampfen, wenn es ihm ernst ist", meint der Rechtsrock-Verleger.

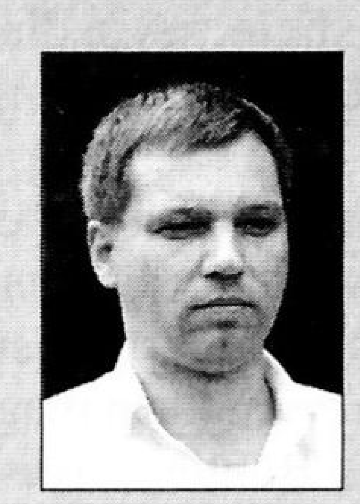
Das Interesse am doppelten Spiel dürfte im politischen liegen. „Ich plane mein Comeback über die Bühne" verkündet Lemmer und versichert: „Mein großes Ziel ist, Bürgermeister dieser Stadt zu werden". Im Jahr 2004 will er in das Düsseldorfer Rathaus zurückkehren. Auf dieses Bekenntnis des Nicht-Aussteigenden-Aussteigers weicht der wortgewandte Skandalregisseur ins unverbindliche aus. „Wenn Lemmer 2004 Bürgermeister wird", verspricht Schlingensief, „dann fahre ich ihm gewaltig in die Parade".

„Das Schauspiel sei die Schlinge, in die der König sein Gewissen bringt", hofft Hamlet. Was bei Shakespeare bereits nur durch Morden gelingt, scheint Schlingensief mit seiner Collage aus vorgefundenem Material, insbesondere der Hamlet-Aufführung Gustaf Gründgens von 1963 und dem „Nazilein, komm" gänzlich zu mißlingen. Keine Lüge wurde bisher entlarvt, keine Tat gesühnt und kein Gewissen drängte zum Ausstieg.

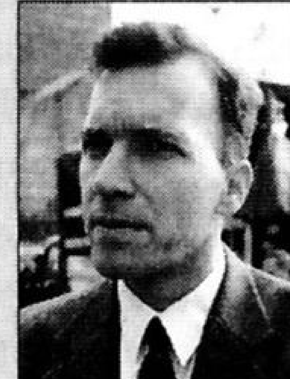
Nur einer ist durch Justizia draußen-drinnen. Der sechste vermeintliche Aussteiger-Nazi der Hamlet-Inszenierung, Markus Boestfleisch, wurde festgenommen, da er eine Geldstrafe wegen einer Körperverletzung nicht bezahlt hatte.

Ausstieg à la Worch und Hupka

Am 18. Mai diesen Jahres veröffentlichten die Nazikader Christian Worch und Steffen Hupka ihr eigenes Ausstiegsangebot an Angestellte des Verfassungsschutzes und der Geheimdienste BND und MAD, die zur Informationsbeschaffung in den Reihen des „Nationalen Widerstands" arbeiten. Ausstiegswillige Geheimdienstler müssen einige Bedingungen erfüllen: „Der Spitzel darf keinen Schaden angerichtet haben, der dazu geführt hat, dass auch nur ein Kamerad zu einer vollziehbaren Freiheitsstrafe verurteilt wurde." Neben weiteren Voraussetzungen muss sich die betreffende Person „einem freiwilligen Test mit dem Lügendetektor" unterziehen lassen. Sind alle Anforderungen erfüllt, wollen die den Aufruf Unterzeichnenden den Aussteiger amnestieren. Worch und Hupka fordern „alle Führungskräfte der gesamten Nationalen Opposition dazu auf, Ihren Namen unter diesen Aufruf zu setzen!"



Worch



Hupka

Geburtstagsparty geplatzt

Mit rund 600 Gästen aus Deutschland, Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz hat der Ludwigshafener Christian Hehl am 26. Mai diesen Jahres seinen 32. Geburtstag auf einem Schloss in Niederbayern gefeiert. Rechte aus Niederbayern sollen die Ausnahme gewesen sein. Den Kontakt zu den Pächtern des Schlosses, einem Motorradclub, stellte jedoch ein Neofaschist aus der Region her: der im Landkreis Straubing-Bogen wohnhafte Sascha Roßmüller. Mit Friedhelm Busse war auf Schloss Steinach, das früher das Archiv der NSDAP beherbergte, mindestens ein weiterer bekannter Neofaschist aus Bayern anwesend.



Busse

Als die Polizei das Treffen gegen 21 Uhr auflösen wollte und der Band „Noie Werte" den Strom abdrehte, wurde sie von den Skinheads mit Steinen beworfen. Erst am späten Abend konnte sie mit Unterstützung des Bundesgrenzschutzes und dem Einsatz von Pfefferspray die Situation unter Kontrolle bringen und 450 Neonazis zur Abfahrt mit ihren Bussen bewegen. Etwa 100 Personen übernachteten jedoch vor Ort, während die Polizei das Gelände absicherte. Festgenommen wurden ein 23-Jähriger aus Ludwigshafen sowie vier weitere Personen aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Jörg Fischer

Aussteigen leichtgemacht?

Seit einigen Monaten gibt es Überlegungen, wie Neonazis zum Ausstieg aus der braunen Szene bewegt werden können. Zwei Projekte wurden überregional bekannt - zum einen das von der Zeitschrift „stern" finanziell unterstützte private Projekt „Exit" und das von Bundesinnenminister Schily gestartete Programm, dessen Umsetzung ausgerechnet in den Händen des Bundesamtes für Verfassungsschutz liegt.

Zunächst stellt sich die Frage, was unter einem Ausstieg überhaupt zu verstehen ist. Wenn man von den Theorien der „Akzeptierenden Sozialarbeit" ausgeht und die Ursachen in Langeweile und Unverständnis sieht, wird unter Ausstieg das Abstellen von Verhaltensauffälligkeiten verstanden. Nachdem es ohnehin Mode geworden ist, Neonazis an der Haarlänge, der Marke ihrer Jacken und dem Schuhwerk zu erkennen, müssen sich diese nur die Haare wachsen lassen, Bomberjacke und Springerstiefel ausziehen und schon ist die betreffende Person vom Neonazi zum „Aussteiger" geworden. Um angeblich gelangweilte und frustrierte Jugendliche dann zum Aussteigen zu bewegen, muss man sie nur freundlich ansprechen und ihnen Hilfe bei der Suche nach Job und Wohnung sowie eventuell auch noch finanzielle Hilfe anbieten. Es wird also eine Belohnung in Aussicht gestellt, wenn man aufhört Menschen zu jagen.

Da ist es nicht verwunderlich, dass Schily bei der Vorstellung seines so genannten „Aussteiger-Programms" in der Neonazi-Szene nur Spott und bei Kennern der Szene barsche Kritik erntete. Die bisherige Resonanz zeigt auch den völligen Fehlschlag. Bis Ende Mai 2001 sollen sich nach Angaben des Innenministeriums etwa 350 Personen bei der Hotline gemeldet haben – 70 davon sollen der anvisierten Zielgruppe angehört haben. Unter diesen 70 Anrufern waren einige Journalisten, die die zum Teil obskuren Gespräche aufzeichneten und veröffentlichten. Aber auch Neonazis und AntifaschistInnen dürften zahlreich angerufen und sich als potentielle Aussteiger ausgegeben haben, um zu erkunden, was es mit dieser Hotline auf sich hat.

Das Projekt soll sich – so die Intention der Macher – insbesondere an Führungskader der Nazi-Szene wenden und sie zum „Aussteigen" bewegen. Diese freilich empfinden das Ansinnen des Verfassungsschutzes eher als Versuch, „Gesinnung abzukaufen", und sind viel zu fanatisiert, um auf solche Interventionsversuche von außen zu reagieren. Die Unkenntnis des Innenministeriums und der ihm unterstellten Verfassungsschutz-Behörde wird auch auf anderer Ebene deutlich. Besonders die militant auftretenden „freien Kameradschaften" erwiesen sich in der Vergangenheit aufgrund ihrer autonomen, informellen und teilweise konspirativen Strukturen als relativ immun für Infiltrationen durch den Verfassungsschutz. Ausgenommen natürlich in den immer zahlreicher bekannt werdenden Fällen, in denen bezahlte VS-Agenten solche Strukturen nicht etwa infiltrierten, sondern selber aufbauten und organisierten. Selbst wenn ein führender Kader einer Kameradschaft dieser zumindest offiziell den Rücken kehrt, um in den Genuss der versprochenen Belohnungen zu kommen, beeindruckt dies die benachbarte Kameradschaft wohl nur am Rande, da sie weitgehend unabhängig von anderen Kameradschaften operiert. Auch hier scheinen die Strategen der Nazi-Szene den staatlichen Stellen voraus zu sein und ihre Strukturen gegen zumeist nur halbherzig geführte staatliche Zerschlagungsversuche erfolgreich immunisiert zu haben. Nachdem Justiz und Behörden jahrelang vor Neonazismus und rassistischer Gewalt Augen und Ohren geschlossen hatten, soll dieses nun offenbar mit purem, medienwirksam inszeniertem Aktionismus kompensiert werden.

Aufgrund eigener Erfahrungen kann ich in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, dass es völlig unrealistisch ist, entsprechend fanatisierte Personen, die in die neonazistische Szene integriert sind, durch gutes Zureden von ihrer Ideologie abzubringen.

In der Arbeit mit Anhängern religiöser Sekten, Psychogruppen oder mit DrogengebraucherInnen ist längst bekannt, dass das Herausbrechen aus der entsprechenden Szene zum Scheitern verurteilt ist, wenn keine eindeutige Ausstiegsbereitschaft bei der betreffenden Person vorhanden ist. Die Vorgehensweise, jemanden zu entführen und in einem abgelegenen Hotelzimmer tagelang auf ihn einzureden und so „umzupolen", funktioniert vielleicht in amerikanischen Spielfilmen, nicht aber im realen Leben. Ausstieg ist eben nicht nur das Wachsenlassen von Haaren und der Kauf neuer Schuhe – Aussteigen bedeutet schon etwas mehr. Es hat etwas damit zu tun, sich von seiner Ideologie, von dem, was man geglaubt und getan hat, konsequent zu verabschieden – bereit zu sein, sich ein neues Welt- und Menschenbild zu erarbeiten, aber auch zu den Konsequenzen seines bisherigen Tuns zu stehen.

Im Gegensatz zum Schily-Projekt geht „Exit" von einem anderen Ansatz aus und basiert auf dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Personen, die aussteigen wollen oder sich bereits aus der Szene zurückgezogen haben, müssen den ersten Schritt machen und sich bei „Exit" melden. Soziale Belohnungen werden nicht in Aussicht gestellt, geht es auch nicht um Frisuren, sondern um eine politisch-inhaltliche Auseinandersetzung und Neuorientierung. Deshalb wird auch die Motivation zum Ausstieg auf die Frage überprüft, ob es wirklich um die Trennung von einer menschenverachtenden Ideologie oder um eine günstigere Sozialprognose bei einer bevorstehenden Urteilsverkündung einschließlich Strafbemessung geht. Ist der oder die Betreffende auch bereit, vollständig seine Verbindungen und Informationen über Strukturen und Interna aus der Szene offen zulegen? Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist es auch gerechtfertigt, Aussteigewilligen bei ersten Schritten in eine demokratisch-antifaschistische Zukunft hilfreich zur Seite zu stehen und neue Perspektiven zu eröffnen.

Allerdings müssen dem richtigen Ansatz auch die richtigen Konzepte zur praktischen Umsetzung des Projekts folgen. Auf keinen Fall darf ein solches Aussteiger-Projekt zu einer Art „Selbsthilfegruppe für Neonazis", eine Art „Anonyme Nazis" werden, in dem man sich gegenseitig bedauert und mit Verständnis und Rücksichtnahme überhäuft. Dies ist bei der „Initaitive Dialog" gegeben, die sich darauf spezialisiert hat, im Internet mit Nazis zu diskutieren und direkt zu „Verständnis" und „Dialog" aufruft. Das Problem dieses Ansatzes ist aber, dass Neonazis nicht zu wenig, sondern viel zu stark als „Opfer" gesehen und nicht selten als gleichberechtigte Gesprächspartner behandelt werden. Es gibt Neonazis gegenüber nicht zu wenig, sondern eher ein zu viel an Dialog und Verständnis!

Aber auch das beste Aussteiger-Programm ist für sich allein gesehen kein Allheilmittel. Nur ein Gesamtkonzept, das Prävention, Sanktionen und die Hilfe zum Ausstieg verbindet, kann zu einer effektiven Bekämpfung des Neofaschismus führen. Es wird trotz biblischer Prognosen wohl kaum eine paradisische Zeit auf Erden anbrechen, in der es keine Nazis und Rassisten mehr geben wird. Die Frage ist nur, welche Möglichkeiten Neofaschisten und Rassisten eingeräumt werden, sich öffentlich darzustellen und zu organisieren, welche Freiräume sie bekommen, um neue Anhänger zu rekrutieren, ihre Parolen zu verbreiten und Einfluss zu gewinnen.

Bar verkündet Ausstieg

Nach einem Bericht des ZDF-Magazins „Frontal21" vom 15. Mai diesen Jahres hat der mehrfach verurteilte Neonazi Stefan Michael Bar (Neustadt/Weinstraße) seinen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene bekannt gegeben. Bar war Verfasser des „Reichsruf" und Mitglied der FAP und HNG. Polizeiliche Ermittlungen zur einer Mitarbeit bei der Erstellung des Anti-Antifa-Heftes „Wehrwolf" sind noch nicht abgeschlossen. Ein staatliches Aussteigerprogramm will Bar jedoch nicht nutzen, da er sich weiterhin „nicht mit diesem Staat identifiziere". Das Umfeld des „Aktionsbüros Norddeutschland" ließ dazu verlauten: „...im Democraten-KZ ist er das, was er eigentlich auch hier draußen ist: Ein kleiner, dummer, selbstdarstellerischer Troll und ein geistiges Leichtgewicht." (Fehler im Original) Am diesjährigen 1. Mai beteiligte sich Bar noch am Neonaziaufmarsch in Mannheim. Zu diesem Zeitpunkt war die Produktion des ZDF-Berichts jedoch bereits abgeschlossen.



Stefan Michael Bar

Günther Pallaver

Italiens „konservative Revolution“

Silvio Berlusconis Rechts-Bündnis gewinnt die Parlamentswahlen

Änderung des ersten Teils der Verfassung, um die Grundsätze der freien Konkurrenz und der Freiheit des Marktes einzuführen. Zurückdrängung der Gewerkschaften, Individualverträge statt Kollektivverträge. Liberalisierung des Arbeitsmarktes samt Freiheit der Arbeitgeber, Arbeitskräfte jederzeit zu entlassen. Abschaffung der staatlichen Rentenversicherungsanstalt, Erhöhung der Militärausgaben im Gleichschritt mit der Entwicklung des US-Raketenabwehrschildes. Realisierung von Großprojekten über ein verkürztes Verfahren, Ablehnung der Emissionseinschränkungen laut Protokoll von Kyoto. Die Trennung von Kirche und Staat soll zugunsten der Kirche und des Vatikans gelockert werden, besonders, was die konfessionellen Schulen betrifft.

Das sind nur einige der Programmpunkte, die die Regierung von Silvio Berlusconi nach dem Wahlsieg am 13. Mai diesen Jahres in den nächsten fünf Jahren umsetzen will. Außerdem sollen der Einwanderung ein Riegel vorgeschoben und den Polizeikräften mehr Rechte im Kampf gegen die illegale Einwanderung eingeräumt werden. Der neue Kammerpräsident Pierferdinando Casini von der kleinen „Christdemokratischen Partei“ (CCD) hatte vor nicht allzu langer Zeit schon einmal gefordert, gegen die illegalen Einwanderer, die zur See nach Italien geschleust werden, das Feuer zu eröffnen.



Wahlplakate von „Lega Nord“ (li.) und „Alleanza Nazionale“ (re.)

Der Industriellenverband hat seine Rechnung für die Unterstützung Berlusconis bereits präsentiert. Der Vatikan steht dem um nichts nach, und die Kräfte, die nach Recht und Ordnung rufen, wie etwa die „Lega Nord“, die in Istrien an der Grenze zu Slowenien und Kroatien einen Eisenzaun gegen die Einwanderer errichten will, lösen jetzt ihren politischen Scheck ein, den sie von Berlusconi vor den Wahlen erhalten haben.

Der Wahlsieg Silvio Berlusconis bei den italienischen Parlamentswahlen leitet nun eine in vielerlei Hinsicht neue Ära ein und wird eine Reihe von Änderungen des italienischen politischen Systems und der Politikfelder nach sich ziehen. Berlusconis Sieg ist nämlich nicht nur, wie 1994, als er in einer überstürzten, aber erfolgreichen Marketing-Operation auf das politische Feld lief und kurzzeitig die Regierung übernahm, ein Überraschungssieg. Es ist auch nicht eine normale Alternanz, die Ablösung einer Mitte-Links-Koalition durch ein Rechts-Bündnis. Und es ist auch kein triumphaler Sieg im Sinne einer Deklassierung des politischen Gegners, besonders, wenn man daran denkt, dass zwei Wochen nach den Parlamentswahlen die wichtigsten Großstädte Italiens an das Mitte-Links Bündnis des „Ulivo“ fielen.

Vielmehr ist es ein Wahlsieg, der von weit her kommt und Berlusconis langen Atem unter Beweis stellt. Der Mann aus Arcore ist den Weg einer fast sechsjährigen Opposition gegangen und hat diese Zeit genutzt, um seiner Partei „Forza Italia“ (FI) eine Struktur zu geben und organisatorisch zu stärken, die Instand- oder virtuelle Partei in eine auf dem Territorium verankerte Bewegung zu transformieren und die abtrünnige „Lega Nord“ in einem neuen Bündnis wieder an sich zu binden. Auf europäischer Ebene hat er sich dank der Schützenhilfe von Deutschlands Helmuth Kohl und Spaniens Josè Aznar durch die Aufnahme seiner „Forza Italia“ in die Reihen der Europäischen Volkspartei international legitimiert. Und schließlich hat er dank seines Medienimperiums, insbesondere dank seiner drei gesamtstaatlichen Fernsehanstalten, einen fünfjährigen Wahlkampf betrieben, der am 13. Mai seine Früchte getragen hat. Der Mitte-Links-Regierung ist ihre Politik des Wegschauens beim Interessenskonflikt Berlusconis jetzt auf den Kopf gefallen.

Heute präsentiert sich die Rechte Italiens als eine starke politische Kraft mit einer relativ soliden, breiten sozialen Basis, die die künftige Regierung stellt. Mit scharfem Blick hatte Italiens Starschriftsteller Umberto Eco von einer „Ideologie des Spektakels und der Praxis der Zensur“ gesprochen, von Berlusconis Anhängern als einer „faszinierten Wählerschaft“, die sich in einer „wunderbaren Glitzerschow“ verdichtet. Der angesehene Rechtsphilosoph und Senator auf Lebenszeit, Norberto Bobbio, geht einen Schritt weiter und findet starke Ähnlichkeiten zwischen „Forza Italia“ und der „Faschistischen Partei Italiens“ in der Zwischenkriegszeit. Der „Ulivo“ und die Gewerkschaften haben angekündigt, gegen die Vorhaben der Rechten, den Sozialstaat abzubauen, Widerstand zu leisten.

Cavalier Berlusconi hat nicht allein gewonnen, sondern im Bündnis mit „Alleanza Nazionale“ und der „Lega Nord“. Berlusconi hat die Postfaschisten ins politische System hereingeholt, die sezessionistische und rassistische „Lega“ gezähmt und das christdemokratische und sozialistische Erbe assimiliert. All diese Gruppierungen hätten nicht einen neuen Rechts-Block abgegeben, wenn Berlusconi als Tele-Leader nicht zu der gesamten Bewegung seinen ganz persönlichen Mehrwert beigesteuert hätte.

Die Ära des „Comitato di liberazione“, des „Nationalen Befreiungskomitees“ im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus ist beendet. Die Republik Italien und ihre Verfassung, die auf dem Geist des Antifaschismus aufgebaut ist, ist am 13. Mai endgültig der Vergangenheit übergeben worden. Die gemeinsame Kultur der „Resistenza“, des antifaschistischen und antinazistischen Widerstandes, hatte trotz aller politisch-ideologischen Gegensätzen unter den Parteien den demokratischen Grundkonsens der Ersten Republik gebildet. Den Parteien des Verfassungsbogens standen jene Parteien gegenüber, die davon ausgeschlossen waren, namentlich der neofaschistische „Movimento Sociale Italiano“ (MSI, seit 1995 „Alleanza Nazionale“-AN). Heute sind die historischen Parteien des Verfassungsbogens verschwunden oder haben ihre Identität und ihren Namen ge-

Parlamentswahlen 2001

Mandatsverteilung in der Kammer (630 Abgeordnete)

Parteien und Wahlbündnisse	Sitze
Casa delle libertà	368
L'Ulivo	242
Rifondazione Comunista	11
Südtiroler Volkspartei-Ulivo	8
Andere	1

Mandatsvereilung im Senat (315 plus derzeit 9 Senatoren auf Lebenszeit)

Parteien und Wahlbündnisse	Sitze
Casa delle libertà	177
L'Ulivo	125
Lista Di Pietro	1
Rifondazione Comunista	3
Democrazia Europea	2
Südtiroler Volkspartei – Ulivo	3
Südtiroler Volkspartei	3
Andere	1

Quelle: Ministero degli Interni 2001

ändert, während „Alleanza Nazionale“ an der Regierung beteiligt sein wird.

Die Möglichkeit, dass es wie im Falle Österreichs zu Sanktionen kommen könnte, weil sich an der Regierung auch die Postfaschisten beteiligen, sind auszuschließen. Schon im Februar 2000 hatten sich sowohl Staatspräsident Carlo Azelio Ciampi als auch der damaligen Regierungschef Massimo D'Alema von den Linksdemokraten gegen die Aussagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder gestellt, der im Falle einer Regierungsbeteiligung von „Alleanza Nazionale“ eine analoge Vorgangsweise der EU wie im Falle Österreichs einforderte.

Dabei wird immer wieder vergessen, dass hinter dem ruhigen und telegenen Auftreten von AN-Chef Gianfranco Fini eine Partei zum Vorschein kommt, die ihren Transformationsprozeß vom MSI zu „Alleanza Nazionale“ noch lange nicht abgeschlossen hat.

So hat eine Umfrage unter den Delegierten des Parteitags von Verona 1998 unter anderem ergeben, dass ein Großteil des politischen Personals der Partei noch immer starke Identifikationsstränge zum Faschismus aufweist. Immerhin waren 61,1% der Befragten der Meinung, dass der Faschismus, von wenigen Fehlentscheidungen abgesehen, ein im großen und ganzen gutes Regime gewesen sei. Die Studie kommt zum Schluß, dass die Bejahung des faschistischen Regimes über das Ritual hinaus zu stärkeren Sympathien für Nationalismus und Autoritarismus führe.

Italien geht einer Zeit mit einer stabilen Regierung, nicht unbedingt einer Zeit mit stabilen sozialen Verhältnissen entgegen. Und wenn Berlusconi für die Reform der Institutionen notwendige Schritte einleiten will, wird er auch auf die Mitarbeit der Opposition angewiesen sein. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird Berlusconi merken, dass der Staat nicht wie ein privates Unternehmen geführt werden kann.

Antisemitische FPÖ-WählerInnen

Dem am 18. Mai diesen Jahres veröffentlichten Ergebnis einer Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft in Wien zufolge ist ein Großteil der WählerInnen der FPÖ antisemitisch eingestellt. So wollten 80 Prozent der befragten FPÖ-WählerInnen nicht, dass Juden in Österreich leben. Insgesamt hätten sich ca. 25 Prozent aller befragten ÖsterreicherInnen gegen Juden im Land ausgesprochen. Zusätzlich behaupteten 91 Prozent der FPÖ-WählerInnen, dass Juden eine „Mitschuld“ am existierenden Antisemitismus trügen. Seit der Parlamentswahl 1999 bildet die FPÖ die österreichische Regierungkoalition mit der ÖVP. Etliche hohe Parteifunktionäre der FPÖ - wie etwa Jörg Haider - sind immer wieder durch antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit aufgefallen.

NS-Verharmloser Haider

Am 18. April diesen Jahres hat das Oberlandesgericht Wien den Politikwissenschaftler Anton Pelinka vom Vorwurf der üblen Nachrede freigesprochen. Pelinka hatte dem Kärtner Landeshauptmann und FPÖ-Politiker Jörg Haider in einer italienischen Fernsehsendung eine Verharmlosung des NS vorgeworfen. Haider sei „verantwortlich für eine neue Salonfähigkeit bestimmter nationalsozialistischer Positionen und bestimmter nationalsozialistischer Äußerungen“. Das Gericht hielt Pelinkas Äußerung für durch die Meinungsfreiheit gedeckt. In erster Instanz war Pelinka zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Stimmengewinn für BNP

Bei den britischen Unterhauswahlen am 7. Juni diesen Jahres erlangte die extrem rechte „British National Party“ (BNP) in Oldham West & Royton 16,4% der abgegebenen Stimmen. Damit landete sie nur knapp hinter den Konservativen auf dem dritten Platz im Wahlkreis. Auch in Oldham East & Saddleworth konnte die Partei 11,2% der Stimmen auf sich verbuchen. Im Wahlkreis Oldham West & Royton war der BNP-Parteivorsitzende Nick Griffin als Kandidat für einen Parlamentssitz angetreten.

Seit März diesen Jahres hatten Gruppen der BNP, der „National Front“, von „Combat 18“ und Hooligans mehrfach Demonstrationen im Oldhamer Stadtteil Glodwick veranstaltet und dort lebende Einwandererfamilien angegriffen. Dabei zerstörten sie Läden und verletzten Menschen, wie auch am 26. Mai diesen Jahres. In der darauffolgenden Nacht kam es dort zu schweren Straßenschlachten zwischen der Polizei und Jugendlichen aus Einwandererfamilien. Viele Medien bezeichneten diese fälschlicherweise und unter Auslassung der Vorgeschichte als „Rassenkrawalle“.

Juliet Chabrol

Keine Entschädigung, keine Erwähnung, keine Rücknahme

Ein japanisches Schulbuch sorgt für diplomatische Verstimmungen. Parallel zu der endgültigen Abweisung von Entschädigungszahlungen an koreanische Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte durch die japanische Regierung findet eine Schönschreibung in dortigen Geschichtsbüchern statt.

Ein von nationalistischen Akademikern herausgegebenes und durch das japanische Erziehungsministerium regierungsamtlich abgesegnetes Schulbuch für die Mittelstufe ruft großen Streit hervor. Das besagte Schulbuch „relativiere und verharmlose die von der japanischen Armee begangenen Verbrechen in den asiatischen Nachbarländern Anfang des 20 Jahrhunderts“, kritisieren die Regierungen Chinas und Koreas. Von den acht nun offiziell autorisierten japanischen Geschichtsbüchern wird überhaupt nur in drei Büchern auf die von der japanischen Armee begangenen Verbrechen hingewiesen.

In dem umstrittenen Buch wird die Zwangsprostitution von über 100.000 asiatischen Frauen – zumeist aus Korea - begrifflich schöngeschrieben. Fast gänzlich verschwiegen werden die während der japanischen Kolonialherrschaft von 1910 bis zur Niederlage Japans Ende des Zweiten Weltkrieges über Korea durchgeführten Kriegsverbrechen wie Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung. Ebenso relativiert das Buch die Verbrechen in China, wie bspw. das Massaker von Nanjing. In der alten chinesischen Kaiserstadt vergewaltigten und töteten japanische Armeeangehörige im Jahre 1937 fast die gesamte Zivilbevölkerung.

Kurz nach der Absegnung des Schulbuches Anfang April diesen Jahres rief Korea seinen Botschafter in Tokyo, Choi Sang-yong, nach Seoul zurück. Eine Geste, die den Ernst der Lage verdeutlichen sollte. „Das Schulbuch-Problem ist ein sehr ernstes Thema für die Beziehungen zwischen Korea und Japan“, bekräftigte so dann auch ein Mitarbeiter des koreanischen Außenministeriums.

Aber nicht nur Korea protestiert heftig gegen den Geschichtsrevisionismus des Buches, andere asiatische Staaten fordern ebenso eine Revision des Buches. Chinas Außenminister betonte, dass dieses Buch die bilateralen Beziehungen, die sich normalisiert hatten, auf eine harte Probe stellen würde.

Nach dem Rückruf des koreanischen Botschafters berief sich Japans Außenminister darauf, dass der Inhalt des Buches nicht die offizielle Sicht Japans darstelle, weshalb auch keine Revision des Textes vorgenommen werde. Auch Premierminister Junichiro Koizumi bekräftigte, dass Japan nicht die Absicht habe, das Geschichtsbuch zu revidieren, da keine Fehler in der Faktenlage vorliegen würden. Ab April 2002 soll das Buch im Schulunterricht der Mittelstufe eingesetzt werden.

Kurz nach Bekanntgabe der Abweisung von Entschädigungszahlungen und dem Schulbuch-Streit kam es in China und Korea zu Massenprotesten. Boykottaufrufe wurden laut und koreanische Studenten legten via „cyber-attacken“ die Website des japanischen Erziehungsministeriums sowie fünf weiterer japanischer Ministerien lahm.

Emil Hruška

Praktische Lösung der „sudetendeutschen Frage"?

Anmerkungen zur Aktivität der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" in der Tschechischen Republik

„Wir wollen mitarbeiten an einer neuen Völkerordnung", erklärte der Bundesvorsitzende der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL), Bernd Posselt, auf dem diesjährigen „Sudetendeutschen Tag" in Augsburg. Die so genannten Sudetendeutschen (es handelt sich hierbei um einen politischen Kunstbegriff), die in der SL organisiert sind, arbeiten auf diese „neue Völkerordnung" schon seit über 50 Jahren hin: „An einer gerechten Völkerordnung Europas mitzuwirken", gehört zur vordringlichen Aufgabe der SL, wie ihre Satzung festlegt.

Neben dieser sind dort weniger unkonkret formulierte Aufgaben festgeschrieben, die der „neuen Völkerordnung" einen konkreten Inhalt und eine Form geben: „Den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen", und „den Anspruch der Volksgruppe und der einzelnen Landsleute auf Rückerstattung des geraubten Vermögens und die sich daraus ergebenden Entschädigungsansprüche zu vertreten." Die „Rückerstattung der Heimat und des Vermögens" – das ist die Substanz der „sudetendeutschen Frage", deren geistige Väter die Gründer und führenden Ideologen der SL sind, die reiche politische Erfahrungen schon vor dem Krieg in Konrad Henleins „Sudetendeutscher Partei" (SdP) gewonnen haben: W. Brand, W. Becher, W. Hergl, W. Heinrich, K. Oberdorffer, J. Suchy, R. Pozorny u.v.a.

Die Jahre 1989 und 1992 brachten im Hinlick auf die „Lösung der sudetendeutschen Frage" zwei Ereignisse von grundsätzlicher Bedeutung mit sich: den Niedergang des „realen Sozialismus" und zum zweiten Mal in der Geschichte den Zerfall der Tschechoslowakei. Beide Ereignisse haben die Sudetendeutschen mit großen Begeisterung begrüsst und mit ihnen die Erwartung verknüpft, dass „eine Lösung der sudetendeutschen Frage in greibare Nähe" rücken könnte. Das dritte zu erwartende „historische Ereignis" – der tschechische EU-Beitritt – wird von der SL ambivalent eingeschätzt: Einerseits die Erpressung durch die politische Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete als Bedingung sine qua non für den EU-Beitritt, andererseits die Erwartung, dass manche Ziele der Sudetendeutschen leichter umsetzbar sein werden auf Grundlage der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der EU (Immobilienkauf, Niederlassung in der CR).

Um einer „Lösung der sudetendeutsche Frage" näher zu kommen, entwickelt die SL in der Tschechischen Republik eine intensive und weit gefächerte Aktivität, die sowohl ideologische wie politische Aspekte hat. Die Ziele sind dabei auf dreierlei Ebenen zu sehen. Erstens wird ein Meinungswandel bei den tschechischen Bürgern im Hinblick auf die Forderungen der SL erstrebt; zweitens sollen politische Stellen wie auch Entscheidungen unter Zuhilfenahme politischer Gönner auf tschechischer Seite beeinflusst werden und drittens erstrebt man vergangenheitspolitisch die Bildung und Festigung einer (positiven) Erinnerung an die historische „deutsche Anwesenheit im böhmischen Raum", womit die erstrebte Erweiterung des ökonomischen Einflusses verknüpft wird.

Zur Umsetzung dieser Ziele in die Praxis setzt die „Sudetendeutsche Landesmannschaft" vor allem folgende Methoden und Mittel in der Tschechischen Republik ein:

- Die Beeinflussung und (auch finanzielle) Unterstützung der Organisationen der deutschen Minderheit, die derzeit in der Tschechischen Republik etwa 50.000 Angehörige hat, im Rahmen der „einheitlichen sudetendeutschen Volksgruppe". „Die Zusammenarbeit mit ihnen hat sich zuletzt deutlich verbessert", erklärte im Dezember des vergangenen Jahres SL-Sprecher Johann Böhm. Ausdruck dieses Beeinflussungsversuches ist beispielsweise die Besetzung von Funktionärsämtern in den Organisationen und Institutionen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik durch SL-Mitglieder (die Leitung der Redaktion des Blattes „Landesanzeigers", der Vorstand des „Bundes der Deutschen - Landschaft Egerland" usw.).
- Die Einrichtung von so genannten Begegnungszentren bei massiver finanzieller Unterstützung durch das Bundesinnenministerium. Diese Begegnungszentren dienen insbesondere der Tätigkeit der deutschen Minderheitenorganisationen und für von der SL organisierte Veranstaltungen. Sicher ist es kein Zufall, dass eines der bekanntesten Begegnungszentren in Cheb in dem Haus untergebracht ist, in dem 1933 Konrad Henlein die Gründung der „Sudetendeutschen Heimatfront" (ab 1935: „Sudetendeutsche Partei") proklamierte. Momentan bereitet man den Ausbau des großen Begegnungszentrum in Aš vor – in der Stadt, die seinerzeit Symbol der Henleinbewegung geworden war.
- Die enge Zusammenarbeit mit tschechischen Organisationen (neben denen der deutschen Minderheit), die auf Initiative oder unter Einfluss der SL gegründet wurden und auf die Unterstützung von deren Forderungen abheben. Hierzu gehören auch die Bemühungen, eine politische Partei unter Einfluss der SL zu gründen. Nachdem 1992/93 wegen des Widerstandes der tschechischen Öffentlichkeit der Versuch zur Gründung der „Demokratischen Partei Sudetenland" gescheitert war, wurde im vergangenen Jahr die neue pro-sudetendeutsche „Union für Europa" gegründet. Zu den bekanntesten und bedeutsamsten Organisationen, die mit der SL zusammenarbeiten, gehört die „Union für die gute Nachbarschaft mit deutschsprachigen Ländern", die vor kurzem gegründete „Deutsch-tschechische Gegenseitigkeit" oder Initiativen wie „Antikomplex" und die „Gruppe für internationale Verständigung".
- Die Bildung einer Lobby in tschechischen Parteien. Vordringlich wird von der SL die Viererkoalition („Christlich-Demokratische Union – Tschechische Volkspartei", „Demokratische Union", „Union der Freiheit" und die „Bürgerlich-Demokratische Partei") gelobt, weil es dort die meiste „Gesprächsbereitschaft mit uns" gebe, wie Böhm betont, die sonst „allenfalls noch bei einigen Vertretern der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei" anzutreffen sei.
- Die Gründung von selbstständigen SL-Filialen in der Tschechischen Republik, die je-

doch nicht unter eigener Flagge auftreten, sondern verdeckt. Einen beachtungswerten Fall stellen die Handelsgesellschaften dar, in denen die Gesellschafter Amtsträger des „Witikobundes" oder anderer Gruppierungen sind oder waren. Dies ist der Fall bei der „Bohemia-Komunikation GmbH" (R. Vogler, H. Löffler u.a.), der „Kontakt Bohemia GmbH" (M. Riedl) oder der „Bernard-Bolzano-Stiftung" (F. Olbert, A. Otte).

- Die Unterstützung von Partei nahen Stiftungen aus der Bundesrepbulik, die in der Tschechischen Republik tätig sind; an der ersten Stelle sei die „Hanns-Seidel-Stiftung" erwähnt, deren Zweigstelle in Praha seit 1991 aktiv ist.
- Die agile Tätigkeit in den so genannten Euroregionen (vor allem „Euroregio Egrensis" und „Euroregio Böhmerwald"), die für die SL eine wichtige Form der „grenzüberschreitenden Zusammenarbeit" darstellen.
- Die Renovierung von deutschen Denk- und Ehrenmälern, aber auch die Pflege militärischer Friedhöfe des Zweiten Weltkrieges.

Von diesen Aktivitäten kann man nicht die Unterstützung trennen, die der SL von der tschechischen Presse geleistet wird, die zu mehr als 90 Prozent deutschen Verlegern gehört (ein Welt-Unikat aus der Sicht der Meinungsbeeinflussung!). Und man muss auch an einen Aspekt erinnern, der ein wichtiges eigenständiges Kapitel darstellt, nämlich die Tatsache, dass deutsche Unternehmer die größten Auslandsinvestoren in der Tschechischen Republik sind. Damit hängt zusammen, dass man in manchen tschechischen Grenzregionen (West- und Nordböhmen) heute nur noch „bei Deutschen" arbeiten kann. Nichts desto weniger erklärte der ehemaliger SL-Vorsteher Stain vor einiger Zeit: „Ob bei der bisherigen Haltung der Prager Regierung hinsichtlich des 1945 geraubten sudetendeutschen Vermögens Investitionen klug sind, muss man den Investoren überlassen. Vielleicht gelingt es dem Kapital besser, die Haltung der Völker der (damaligen) CSFR zu ändern, als eine bisher erfolglose internationale Politik zwischen beiden Staaten."

Die Tätigkeit der SL in der Tschechischen Republik kann man nicht von ihrer „Initiationstätigkeit" in der BRD und in Österreich trennen. Auf der SL-Bundesversammlung am 24. März diesen Jahres erklärte SL-Sprecher Böhm, dass die SL vor der „EU-Osterweiterung" eine doppelte Aufgabe habe: Zunächst müsse man alles dafür tun, dass es vor dem Beitritt der Tschechischen Republik zur EU zu einer Aufarbeitung der Vertreibung komme – d.h. alles dafür tun, dass die Beneš-Dekrete, die die Nachkriegsordnung in der Tschechoslowakei geregelt haben, aufgehoben werden; zudem müsse man darüber nachdenken, wie die Sudetendeutschen reagieren, falls es zu einem EU-Beitritt der Tschechischen Repulik ohne Lösung der „sudetendeutschen Frage" kommen sollte, also „wie die Heimatpolitik der SL im Jahre 2005 aussehen würde, falls dieser ungute Fall eintreten sollte." Die Unveränderlichkeit der Ideologie und der Ziele, aber die Flexibilität der Taktik – das charakterisiert die Politik der „Sudetendeutschen Landsmannschaft".

Emil Hruška ist Co-Autor des Buches: Der deutsche Hegemonialanspruch: Gefahr für Mitteleuropa. Thesen zur Entwicklung der (sudeten)deutsch-tschechischen Beziehungen, Stuttgart 1998.

Innenminister zurückgetreten

Der Innenminister der belgischen Region Flandern, Johan Sauwens, ist am 16. Mai diesen Jahres aufgrund seiner Mitgliedschaft in einem SS-Veteranenbund zurückgetreten. Sauwens gehörte seit 25 Jahren dem „Sint-Martensfonds" an. Auf öffentlich gewordenen Videoaufzeichnungen war er als Teilnehmer einer Veranstaltung dieser SS-Veteranenorganisation zu sehen. Auch Mitglieder der verbotenen Neonaziorganisation „Vlaamse Militanten Orde" hatten an dem Treffen teilgenommen.

Gemeinschaftsgefühl NS

Ein österreichischer Abt des Stiftes Kremsmünster in Oberösterreich hat in einer Predigt Anfang Juni diesen Jahres den Nationalsozialismus gutgeheißen. Der katholische Würdenträger Oddo Bergmair lobte darin das im Dritten Reich verbindende „Gemeinschaftsgefühl": „Ein Volk, ein Reich, ein Führer und wir sind damals marschiert." Bergmair verteidigte öffentlich seine Äußerungen.

Bei einer Predigt sage er alles, wie er es sich denke. Heute sei „alles Individualismus", „damals war es Gemeinschaft". Nur seien „die Ziele falsch" gewesen. Der 70-jährige Abt kritisierte, dass nur die „negativen" Seiten des Nationalsozialismus thematisiert würden.

Anna Diegelmann

Politik und Lifestyle

„Dieses Heft ist nicht wie jedes andere, denn es stammt von Frauen." Seit November letzten Jahres erscheint die „Triskele", ein rechtes Frauenmagazin mit Internetpräsenz aus dem Umfeld der „Freien Kameradschaften". Mit starker Ähnlichkeit zu anderen rechten Publikationen bietet das Blatt weder politisch noch „kulturell" etwas wesentlich Neues. Das Erscheinen verdeutlicht jedoch die zunehmend geschlechtsspezifische Organisierung der Rechten und den dahinterstehenden Anspruch, auch außerhalb der Skingirl-Subkultur alle Lebensbereiche zu durchdringen.

Die Dreierspirale „Triskele" - Symbol für „Werden, Sein und Vergehen" - schmückt das Titelblatt der ersten Ausgabe des A5-Heftes, das vierteljährlich mit einer Postfachadresse in Essen erscheint.



Bekannt ist das Symbol außerdem mit weißem Kreis und rotem Winkel als Kennzeichen der Jugendorganisation „White Youth" des verbotenen „Blood&Honour"-Netzwerkes.

Inhaltlich will die Redaktion „so gut wie alle Themenbereiche abdecken", und das heißt bei einer rechten Frauenzeitschrift offenbar Abhandlungen über „Germanische Sinneszeichen" und „Brauchtum". Etwa die Hälfte der Berichte machen solche Lifestyle-Themen aus, die andere Hälfte ist dem politischen Anspruch geschuldet. Anders als in den „Männermagazinen" fehlen die sonst üblichen Konzertberichte und Bandinterviews. Pünktlich nach der Auflösung des „Skingirl-Freundeskreis Deutschland" (SFD) gegründet, setzt die „Triskele" andere Schwerpunkte. Die Verbindung zur ehemals wichtigsten rechten Frauenorganisation ist auch gleich im ersten Heft Thema. Eine anonyme Verfasserin äußert sich wütend über die Selbstauflösung des SFD: „Vereint im Kampf so lautete unser Leitspruch. Doch was ich in den letzten Wochen erlebt habe erinnert mich mehr an: Vereint mit Krampf!"

Daß sich im Bereich der Frauenorganisierung trotzdem einiges tut, versuchen die Autorinnen der „Triskele" zu beweisen. Bereits in den ersten beiden Ausgaben ging es neben dem SFD auch schon um das „Braune Kreuz" und die „Mädelschar".

Auch die nicht frauenspezifischen Artikel in der „Triskele" bieten nichts Unbekanntes, zeigen aber, ebenso wie die Internetpräsenz bei den „Kommenden", ihre Verankerung im Spektrum der „Freien Kameradschaften". Themen und Aufmachung gleichen teilweise bis ins Detail dem „Zentralorgan" (ZORG): dessen aktuelle Serie „Im Zeichen der schwarzen Sonne" beschäftigt sich ebenso wie die „Triskele" mit der Wewelsburg, deutschen Kriegsauszeichnungen und germanischer Mythologie. Interviews mit dem ZORG-Macher Torben Klebe vom verbotenen „Hamburger Sturm" und dem derzeit inhaftierten Thorsten Heise bestätigen die Nähe. Ganz zu schweigen von dem regionalen Schwerpunkt der „Aktionsberichte": Aufmärsche in Elmshorn, Uelzen und Neumünster sind Ge-

genstand des gemeinsamen „medialen Kampfes um die Volksmassen".

Das aktuelle Heft mit dem Untertitel „...es ist auch unser Kampf" verdeutlicht allerdings ganz nebenbei eine wichtige Funktion der Frauen: sie organisieren Alltag und Familienleben komplett entlang der rechten Ideologie. So schreibt „Sigrun", die als Versandverantwortliche des Heftes auftritt, auf der Internetseite detailliert über das Wickeln mit Stoffwindeln. Im Heft wird die Herstellung von Zwiebelwickeln beschrieben und Hilfe bei der Auswahl eines echt „germanischen" Namens geboten. Auch die Traditionslinien rechter Frauen werden mit historischen Themen und Porträts wie einem Nachruf auf Jutta Rüdiger, der „Reichsreferentin des Bundes Deutscher Mädel", gepflegt. Das Selbstbild der Macherinnen wird zusätzlich in der Serie „Frauentum gestern und morgen" formuliert. Mystisch erscheint es, wenn sie vom „Kosmischen und Parakosmischen" fabulieren. Die politische Bestimmung der Frau als Mutter schreiben sie dafür klassisch biologistisch fest.

Mit diesem Konzept hat die „Triskele" im gesamten rechten Spektrum positive Erwähnung gefunden, die geschlechtsspezifische Organisierung wird nicht angefeindet. Wenn „freie Frauen kämpfen", bedeutet das eben auch für die Männer einen Zuwachs an materieller, ideologischer und emotionaler Stabilität.

Christian Dornbusch

Schwarze Schäfchen in Flecktarn

Das 10. Wave-Gotik-Treffen (WGT) zu Leipzig

Im letzten Jahr sollten die versammelten rechten Bands des Genres auf der „schwarz- und neofolkloristischen Meile" unter dem Namen „Lichttaufe" auftreten, was aber zum Teil an den organisatorischen Wirren im Vorfeld und der Pleite während des Festivals in einem Desaster endete. Anders verhielt es sich an Pfingsten diesen Jahres.



„Camerata Mediolanense" bei ihrem Auftritt auf der Leipziger Parkbühne

Den letztjährigen Namen „Lichttaufe" samt der Symbolik des Völkerschlachtdenkmals griff einzig das Plattenlabel „Prophecy Productions" wieder auf. Sie veröffentlichten unter dem Titel „Lichttaufe 2" eine Compilation der namhaften Neo-Folk-Bands des WGT 2001. Darunter auch die ein oder andere Band aus dem rechten Flügel der Szene, wie beispielsweise die Mailänder Formation „Camerata Mediolanense" um die Sängerin Elena Previdi. Die hymnischen und von Trommeln dominierten Melodien bildeten - gemessen an der Begeisterung des Publikums - wohl den Höhepunkt des Samstagsprogramms auf der Parkbühne. Das Publikum setzte sich aus szenetypischen „Schwarzen Gestalten" und jungen Männern in Flecktarn-Uniformjacken zusammen, verziert mit Odals- und Lebensrunen oder vielfach auch mit der Wolfsangel. Im Gegensatz zum letzten Jahr aber fehlten die Besucher aus der extrem rechten Skinhead-Szene und den „Freien Kameradschaften" und das, obwohl sich die Band in einem Interview mit dem „Blood & Honour Magazin Deutschland" im letzten Jahr in Szene gesetzt hatte. Aber es war wohl weniger das fehlende Interesse als vielmehr der „Ruf der Straße", der das Ausbleiben dieser Besucher begründete. An jenem Samstag marschierten ca. 300 Personen aus dem Spektrum der neonazistischen „Freien Kameradschaften" in Zwickau auf, darunter auch der letztjährige Festivalbesucher und Bielefelder Nazikader Bernd Stehmann mit seinen Kameraden.

Am späten Abend spielte dann noch die nicht unumstrittene slowenische Band „Laibach" auf der Bühne am Völkerschlachtdenkmal. Den Auftritt, der vor allem wegen ihrer faschistischen Bühnenpräsentation kritisierten Band, nutzte der rechtsextreme „Verlag und Agentur Werner Symanek", um im Publikum massenhaft seinen neuen „VAWS-Report" zu verteilen. Das angebotene Vertriebsprogramm konnte der geneigte Käufer auch sogleich am Verkaufsstand auf dem AGRA-Gelände erstehen, hinter dem sich Josef Klumb mit seinem Image als „persona non grata" selbst feierte.

Den Auftakt am Sonntag machte im „Haus Leipzig" die ungarische Band „Scivias" um den Budapester Alexander Rady. Ihr Auftritt war eine perfekte Inszenierung aus Bühnenpräsenz und Musik und symbolisierte den in ästhetische Form gefassten Traditionalismus der an Monarchie und Reichsordnung, in dessen metaphysischer Konnotation, orientierten Band. Auch hier war das Publikum ähnlich gemischt wie am Tag zuvor an der Parkbühne. Die Ungarn boten mit ihrer Musik und Show das treffende Ambiente für so manchen sich „konservativ-avantgardistisch" gerierenden Zuhörer.

Einmal mehr zeigte das „10. Wave-Gotik-Treffen", dass auch rechte Bands des Genres hier gerne gesehen sind.

Samuel Salzborn

Deutsche Ostforschung

Liest man die Arbeiten von Ingo Haar und Martin Burkert nebeneinander, wird man bisweilen von dem Gefühl beschlichen, beide hätten gänzlich differente Themen zum Gegenstand. Und doch untersuchen beide – den speziellen Fokus der jeweiligen Studie einmal vernachlässigt – dem Anspruch nach die Ostwissenschaften bzw. die Ostforschung während des Nationalsozialismus und damit die Verstrickung der Geschichts- und Ostforschung in die nationalsozialistische Volkstumspolitik.

Der für das Gefühl des differenten Gegenstandes der Arbeiten ausschlaggebende Grund liegt nicht im Thema, sondern im Interesse der beiden Verfasser: während Haar eine überzeugende und faktengesättigte geschichtswissenschaftliche Studie vorgelegt hat, liefert Burkert mit seiner Arbeit eine im vollen Wortsinn politisch motivierte Betrachtung, die sich um die Weißwaschung der deutschen Ostforschung bemüht. So urteilte auch der Potsdamer Historiker Hans-Erich Volkmann treffend über die Arbeit: „Burkerts Schrift liegt kein eigentlich wissenschaftliches, sondern ein politisches Erkenntnisinteresse zugrunde, was nur unterschwellig deutlich wird. Wir haben es mit dem untauglichen Versuch zu tun, die Ostforschung von dem Odium des Zusammenwirkens mit dem NS-Regime zu befreien.“ Die Faktenlage ist freilich eine andere, wie Haar eindrucksvoll und detailgenau belegt.

Die Herausbildung disziplinärer Strukturen der völkischen Historiker an den Universitäten begann mit mit dem Aufstieg der Volks- und Kulturbodenforschung in der Weimarer Republik. Der historischen Forschung wurde die Rolle einer „wissenschaftlichen Deutschtumsarbeit“ zugedacht, bei der sie, wie Haar es nennt, die „Funktion einer Gegenaufklärung“ übernehmen und die „internationale Gelehrtenwelt von der Unrechtmäßigkeit des Versailler Vertrages“ überzeugen sollte. Die Historiker der Volksgeschichte und Ostforschung agierten im Selbstverständnis einer „kämpfenden Wissenschaft“, deren Ziel der Revision des Versailler Vertrages durch die Beratung und Information der politischen Führung realisiert werden sollte: „Die Historiker des Volkstums beabsichtigten mit ihrem Programm der Volks- und Kulturbodenforschung, das sogenannte Besitz- und Existenzrecht einer ‚Volksgruppe‘ an einem Ort und in einem Raum nachzuweisen. Den Forschungsgegenstand bildete das deutsche Volk, dessen vermeintlicher ‚Rechtsanspruch‘ auf die Inbesitznahme der von ihm über Jahrhunderte hinweg ‚kultivierten‘ Gebiete in Ost- und Südosteuropa durch wissenschaftliche Forschung legitimiert werden sollte.“

Doch erst unter der „Prägekraft totalitärer Staatsvorstellungen und der zunehmenden Attraktivität rassistischer Sozialutopien“ erhielt dieses Konzept Haar zufolge die Chance, die „Grenzen der geographischen- und geopolitischen Spezialforschung“ zu überschreiten. Während des Nationalsozialismus schloss die „junge Generation“ völkischer Nachwuchswissenschaftler in die Rolle der Organisatoren und Koordinatoren der historischen Forschung im Sinne des NS-Systems auf. Die völkischen Wissenschaftler begriffen sich als Experten, die zum „anwendungsorientierten Handeln entschlossen waren und von sich aus den Kontakt zu den Planungsstäben in den Verbänden des Grenz- und Auslandsdeutschtums, des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums des Innern suchten.“

Die Belege für diese Vorgänge, die man bei Haar findet, sucht man in Burkerts Apologie der Ostforschung freilich vergeblich bzw. die Fakten werden bei ihm in einer bisweilen mehr als dubiosen Art und Weise interpretiert und fast zur Unkenntlichkeit entstellt. Somit zeigt der Vergleich beider Arbeiten einmal mehr die politische Kontaminiertheit der deutschen Ostforschung, deren handlungs- und praxisorientierte Erkenntnisinteressen ihren wissenschaftlichen Gehalt weit überlagern. Und das gilt offenbar nicht nur für die Zeit des Nationalsozialismus, sondern unter geänderten Vorzeichen auch für die Gegenwart.

Martin Burkert: Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil 1: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939, Harrassowitz Verlag: Wiesbaden 2000, 771 Seiten, 148,- Mark;

Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2000, 433 Seiten, 78,- Mark.

Sascha Rendus

Analysen und Strategien

Zwei neue Sammelbände nehmen den Rechtsextremismus und die extreme Rechte aus unterschiedlichen Blickwinkeln ins Visier: Während bei dem von Wilfried Schubarth und Richard Stöss herausgegebenen Titel die theoretische Bilanzierung der Entwicklung des Rechtsextremismus im Mittelpunkt steht, sind die AutorInnen in dem von Ulrich Schneider editierten Band um die Darstellung und Diskussion von Strategien und Handlungsfeldern gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus bemüht.

Der erst genannte Band versucht ausgehend von einer Begriffsbestimmung und Diskussion der bisherigen Forschungsergebnisse die Phänomenologie des Rechtsextremismus in ihren einzelnen Komponenten darzustellen. Fragen der rechtsextremen Ideologie und Strategie werden erörtert, die Geschichte des organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nachvollzogen, jugend- und geschlechtsspezifische Fragen diskutiert. Zudem finden sich Überlegungen zur pädagogischen, gesellschaftlichen und politisch-rechtlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

An diesem Punkt setzt der von Ulrich Schneider herausgegebene Band an: er will vor allem mögliche Aktionsfelder gegen Rechts benennen, Probleme aufzeigen und Tipps für die praktische Arbeit geben. Nach einer kurzen Bestandsaufnahme von Neofaschismus und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik stellen zahlreiche AutorInnen ihre Praxiserfahrungen vor: die Diskussion parlamentarisch-staatlicher Handlungsmöglichkeiten ist ebenso vertreten wie Ausführungen zu kommunalen Strategien unter differenten politischen Bedingungen, auch über Kampagnenerfahrungen wird exemplarisch berichtet, wobei insgesamt die Ost-West-Perspektive nicht zu kurz kommt. Schließlich werden zentrale Grundlagen für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus benannt, wie etwa die historische und politische Bildung oder das Aktionsfeld Internet. Besonderes Gewicht liegt auf der Befassung mit gewerkschaftlicher Arbeit gegen Rechts, was eine gesamtgesellschaftliche Dimension des Problems andeutet und die Interaktionsnotwendigkeit unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Kräfte im Kampf gegen Rechts verdeutlicht.

Ulrich Schneider (Hg.): Tut was! Strategien gegen Rechts, PapyRossa Verlag: Köln 2001, 215 Seiten, 26,- Mark;

Wilfried Schubarth & Richard Stöss (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Leske + Budrich: Opladen 2001, 358 Seiten, 36,- Mark.

Martin Mayer

Alibi Finkelstein

„Wenn es einen Norman-Finkelstein-Preis für anständige Holocaust-Nachbearbeitung gäbe“, spekuliert Maxim Biller zynisch, „Martin Walser hätte ihn längst gekriegt“. Nicht bekommen würden den Preis die AutorInnen um Rolf Surmann. Denn im Unterschied zu den bisher erschienen Sammelbänden verzichten die AutorInnen auf eine Dokumentation der bekannten Feuilletonbeiträge, sie hinterfragen stattdessen den politischen Kontext der Finkelstein Polemik und ihre mediale Perzeption.

Im einführenden Beitrag widerlegt Surmann Finkelsteins Behauptungen. Die Problematik bestünde nicht in der „Polemik“, so der Hamburger Historiker, sondern darin, „dass sich in dieser kein wahrer Kern verbirgt“. Um so interessanter seien die Reaktionen in der „Tätergesellschaft“, die Surmann in einem weiteren Beitrag als einen zeitgeschichtlichen Paradigmawechsel wertet. Positionen die bisher überwiegend der „Alten“ und „Neuen Rechten“ eigen waren, greift nun die „neue Mitte“ auf.

Die Anworten der Analysen von Ulrike Winkler zur Entschädigungspolitik, von Lars Rensmann über die Erinnerungsabwehr oder von Andreas Speit zu Rezeption in der „Jungen Freiheit“ belegen ebenfalls wie Finkelstein zum Alibi der Berliner Republik wird. Moshe Zukkermann betont, daß an sich nicht die Veröffentlichung, sondern die „deutsche Realität“ der „eigentliche Grund zur Besorgnis“ sei.

Den AutorInnen ist der bisher beste Materialband zu der Kontroverse gelungen. Ein überfälliges Buch das zeigt, wieso Finkelsteins Pamphlet auf der Bestsellerliste des „Spiegels“ und der „Jungen Freiheit“ landen konnte.

Rolf Surmann (Hg.): Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie“ und Tätergesellschaft. PapyRossa: Köln 2001, 174 Seiten, 28.00 Mark.



Martin Mayer

Kritische Dokumentation

Die „Junge Freiheit“ (JF) sieht bei der Debatte um Norman G. Finkelstein längst die „Meinungssoldaten“ aufmarschieren. Auch die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) warnt im Martin-Walser-Duktus vor dem von Rolf Surmann herausgegebenen „Finkelstein-Alibi“ und dem von Ernst Piper verlegten „Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie“.

„Die Kritik am Buch des US-Publizisten“ meint der NZZ-Autor sei, „nur das Vehikel (um) ein weiteres mal den antifaschistischen Brummkreisel vom gefährlichen Rechtsradikalismus, der aus der Mitte der Gesellschaft komme“ kreisen zu lassen.

Doch nicht nur, dass Piper überwiegend KritikerInnen in dem Sammelband vereint, stört, sondern, daß er die Geschäftspraxis des Piper-Verlags grundsätzlich hinterfragt. Die Geschäftsführung hätte die Diskussion bewusst forciert, ohne den deutschen Kontext zu beachten, und sie würde auch versuchen, die Debatte alleine zu reflektieren. Denn der Piper-Verlag hat sich die Exklusivrechte von Texten eingeholt - was eine unübliche Praxis bei kontroversen Debatten ist.

Desweiteren ärgerte die JF und NZZ Pipers Hinweis auf die „vielfältigen Querverbindungen“ zwischen Finkelstein und David Irving. Solidarität von der „falschen Seite“ sei das eine, betont Piper, Affinitäten das andere. Beide diffamierten Deborah Lipstadt, gegen die Irving einen Prozeß anstrebte, weil sie ihn als „aktiven Holocaust-Leugner“ bezeichnete.

Der Sammelband liefert, trotz den bekundeten Behinderungen, einen repräsentativen Überblick, der auch einen kleinen Blick auf die JF wirft.

Ernst Piper (Hg.): Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Pendo-Verlag: Zürich 2001, 224 Seiten, 24.90 Mark.

Rolf Surmann

Finkelstein-Debatte zum Nachlesen

Petra Steinberger hat im Piper-Verlag einen Reader mit dem Titel „Die Finkelstein-Debatte“ herausgegeben. Zuvor hatte sie bereits im Feuilleton der „Süddeutschen Zeitung“ die Artikelserie über die „Holocaust-Industrie“ redaktionell betreut. Der jetzt vorliegende Band fußt denn auch auf diesen Beiträgen. Ergänzt werden sie durch Fragestellungen wie „Kam die Wiedergutmachung den Überlebenden zugute?“, der Lorenz Jäger in der „FAZ“ nachging, oder auch durch Verrisse wie Peter Longerichs „Ein Mann sieht rot“ aus der „Frankfurter Rundschau“. Eva Schweitzer, die ihren Anteil an der dubiosen Finkelstein-Inszenierung der „Berliner Zeitung“ hat, kommt ebenso zu Wort wie Leon de Winter mit seiner im „Spiegel“ geäußerten Vermutung, statt des Interesses der Weltpresse hätte Finkelstein wohl eher der Aufmerksamkeit eines guten Therapeuten bedurft.

Die Herausgeberin selbst trägt ein Vorwort bei, dessen Kernsatz ebenfalls in der „Süddeutschen“ schon zu lesen war. Es soll die Beschäftigung mit Finkelsteins Pamphlet legitimieren: „Der Auslöser für eine ernste Debatte muß nicht unbedingt sachlich und ausgewogen sein. Im Gegenteil: Oft sind es polemische, überspitzte, manchmal auch falsche Behauptungen und Thesen, die zu vernünftigen Antworten und neuen Einsichten herausfordern.“ Genauer gesagt: Es ist der Kernsatz für die spätere Phase ihrer Finkelstein-Empfehlung. Am Anfang des Unternehmens Finkelstein hatte es nämlich auch bei dieser Publizistin noch geheißen, die Belege für dessen Behauptungen enthalte sein gerade erschienenes Buch. Außerdem verwies sie auf dessen „vertiefende“ Homepage. Hiervon ist jetzt nicht mehr die Rede, denn es geht nicht um die Prüfung und Wertung von Fakten, sondern um Meinungsartikulation, die gerade in dieser Präsentationsweise ein forcierender Teil des Normalisierungsdiskurses ist. Dass der Autor von „Holocaust-Industrie“ jetzt allerdings nur noch dazu taugt, den Anlaß für eine Debatte zu liefern, die man offensichtlich unbedingt führen will, läßt ihn letztlich – in Wolfgang Wippermanns polemischer Diktion – als „nützlichen Idioten“ erscheinen.

Der Titel „Die Finkelstein-Debatte“ klingt programmatisch und ist auch so gemeint. In seiner Buchvorstellung spricht der Verlag davon, der Sammelband enthalte die „grundlegenden Beiträge“ der Debatte. Dem soll nicht unbedingt widersprochen werden, gerade wenn wir uns den Charakter der Diskussion vergegenwärtigen. Pro und contra, subtil oder polemisch, mahnend oder aufbruchsfroh – ein buntes und vielschichtiges Meinungsspektrum ist zweifellos vertreten. Aber das ist wohl auch kaum anders zu erwarten, wenn die „Mitte der Gesellschaft“ versucht, zu den von ihr herbeigewünschten „neuen Einsichten“ zu kommen. Das Buch bietet deshalb allen, die sich für den aktuellen ideologischen Transformationsprozeß interessieren, gerade wegen seiner Machart interessantes Quellenmaterial.

Petra Steinberger (Hg.): Die Finkelstein-Debatte, Piper: München/Zürich 2001, 202 Seiten, Preis 29,80 Mark.